

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

Die Zeit des Schlemmens ist vorbei



Im Grundsätzlichen einig, in der wichtigen Frage des Mehrwertsteuersatzes unterschiedlicher Meinung: Wirtschaftspolitische Debatte an der FDP-Delegiertenversammlung in Lenzburg mit dem Zürcher Regierungsrat Eric Honegger, Nationalrat Hans Rudolf Früh, Gesprächsleiter Bruno Lezzi, Nationalrätin Vreni Spoerry und Fraktionspräsident Pascal Couchepin (von links). (Photo ruti)

Spätestens am 6. Dezember 1992 ist die Schweiz aus ihrem zuvor oft beklagten Wohlstandsschlaf erwacht. Rezession, Defizite in den öffentlichen Haushalten, schwierigere Aussenbeziehungen haben die Mittel knapper, den Verteil- und Überlebenskampf härter werden lassen. Die jüngsten innenpolitischen Ereignisse sind von dieser Ausgangslage geprägt.

AMK. Die Zeit des Schlemmens ist vorbei, schlanker, in besserer Form, wettbewerbsgestärkter heisst trendgemäss die wirtschaftspolitische Devise, kostenbewusster diejenige für die Sozialpolitik.

Zwei von drei Abstimmungsvorlagen, über die am 7. März entschieden wird, ge-

hören zentral in diesen Kontext: die Erhöhung des Treibstoffzolls und die Aufhebung des Spielbankenverbots. Und auch das dritte Traktandum, die Initiative gegen Tierversuche, kann nicht losgelöst von der Arbeitsplatzfrage behandelt werden.

Wie gedenkt die FDP diese Situation zu meistern? Die Positionen sind bezogen. In der Partei findet eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze und auf die Stärke der Partei in Wirtschafts- und Finanzfragen statt. Preisstabilität, gesunde Staatsfinanzen und ein Steuersystem, das die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht unnötig behindert, das sind die Ziele, die Präsident Steinerger mit seiner Partei erreichen will; ein Systemwechsel zur Mehrwertsteuer in einer neuen Bundesfinanzordnung, Sanierungsmassnahmen und das Revitalisierungsprogramm die dazu nötigen Schritte.

Parolen für den 7. März



Einstimmig Nein zur Volksinitiative zur Abschaffung der Tierversuche, mit 196 zu 4 Stimmen Ja zur Aufhebung des Spielbankenverbots, mit 159 zu 55 Stimmen ebenfalls Ja zur Erhöhung des Treibstoffzolls: Das sagten die freisinnigen Delegierten an der a. o. Versammlung am 23. Januar 1993 in Lenzburg. – Lesen Sie ab Seite 12. (Photo ruti)

Lesen Sie ab Seite 5

Inhalt

- Hat die SRG etwas gegen Konkurrenz? Ja, heisst es auf Seite 7
- Über Reformeifer lesen Sie auf Seite 9
- Neuordnung der Prioritäten in der Schweiz ist Thema ab Seite 10
- FDP-Grundsätze zur Aussenpolitik finden Sie auf Seite 15

Zerstörte Hoffnungen

In Angola herrscht wieder Bürgerkrieg. MPLA und Unita massakrieren sich wieder gegenseitig. Es geht nicht um Demokratie und freie Marktwirtschaft, sondern um Macht, um Machtteilung im urschwarzafrikanischen Verständnis von «alles oder nichts».

Jacques Baumgartner

Die Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit (Unita) galt während des 16 Jahre dauernden Bürgerkrieges als Widerstandsbewegung. Sie kämpfte gegen das von Sowjets und Kubanern eingesetzte und an der Macht gehaltene Regime der Volksbefreiungsbewegung (MPLA).

Jetzt jedoch rebellierte die Unita gegen die durch freie Wahlen erstmals legitimierte MPLA unter José Eduardo dos Santos. Ende vergangenen Septembers hatten sich die Angolaner mehrheitlich für die früher «marxistisch», heute «demokratisch» gewandete MPLA entschieden.

Unita-Anführer Jonas Machelo Savimbi hatte mit Wiederaufnahme des Krieges gedroht, sollte seine Bewegung die Wahlen verlieren. In einem solchen Falle könne nur Betrug im Spiel sein. Die Vereinten Nationen (Uno) widersprechen ihm.

Auch Stammeskongflikt

Die Unita versuchte, mit Gewalt zu nehmen, was sie bei

den Wahlen nicht erhalten hatte. Sie besetzte Dörfer und Provinzstädte. Die MPLA holte zum Gegenschlag aus.

Die MPLA-Unita-Rivalität ist auch alter Stammeskongflikt. Die Ovimbundu unterstützen die Unita. Die Kimbundu sind der MPLA gut gesonnen. Die etwa 34 Prozent der Unita bei den Parlamentswahlen entsprechen dem Anteil der Ovimbundu an der angolischen Gesamtbevölkerung von ungefähr neun Millionen Menschen.

Keine der beiden Seiten hat ihre Armee jemals vollständig aufgelöst, wie im Friedensabkommen von Ende Mai 1991 vereinbart worden war. Die 287 Uno-Soldaten und -Polizisten waren machtlos (Angola erstreckt sich über 1,246 Mio. km²). Den Friedensschluss hatten am Ende des kalten Krieges, der in Angola stellvertretend heiss ausgetragen wurde, die USA und die Ex-Sowjetunion durchgesetzt.

Wahrscheinlich hätte sich Savimbi dem Volksverdict gebeugt, hätten die USA nach den Wahlen die siegreiche MPLA(-Regierung) anerkannt. George Bush ist ein alter Unita-Freund. Präsident Bill Clinton ist «unbelastet».

Denkbar ist auch, dass die Unita vor Clintons Amtsantritt mit Gewalt vollendete Tatsachen schaffen will. Dazu gehört(e) auch eine Teilung des Landes, entlang der Benguela-Eisenbahnlinie mit Huambo, dem früheren Nova Lisboa, als Gegenhauptstadt zu Luanda. Anerkennung Luandas durch Washington bedeutete Isolation für die Unita. So oder so, Savimbi hat die Chance vertan, als beispielhafter Oppositionspolitiker in die Geschichte Schwarzafrikas einzugehen.

Geheimarmee im Busch

Die Wahlen hätten zweiter Schritt auf dem mühsamen Weg des Neubeginns sein sollen. Am 31. Mai 1991 hatten Unita und die MPLA feierlich Frieden geschlossen, freie Wahlen versprochen und die Demobilisierung ihrer Armeen unter Uno-Aufsicht vereinbart. Schon damals hätte auffallen sollen, dass die Unita die Zahl ihrer Kämpfer mit «höchstens 40 000» angab. Wochen zuvor waren es Unita-offiziell noch 75 000 gewesen. Die MPLA hielt schätzungsweise 120 000 bis 150 000 Soldaten unter Waffen.

So konnte vermutet werden, dass die Unita irgendwo im Busch im Südosten von Angola, in den «am Ende der Welt» genannten Gebieten, eine «Geheimarmee» versteckt hielt. Es ist der eigentliche harte Kern der Unita-Kämpfer. «Wir werden uns nicht nochmals um die Früchte des Sieges bringen lassen», warnte Savimbi immer wieder, vor und nach dem Friedensschluss. Gleichzeitig beteuerte er unentwegt, als «Demokrat» das Wahlergebnis zu respektieren, wie es auch ausfallen möge.

«Die MPLA raubt, die Unita tötet!» steht aufgepinselt auf unzähligen Häusermauern in der Hauptstadt Luanda. Gleichwohl entscheiden sich die Wahlberechtigten mehrheitlich für die «Räuber».

Kästchen und Kreuze

Mit vierzig Prozent lag Savimbi nahezu zehn Prozent hinter Präsident dos Santos, der die absolute Mehrheit von fünfzig Prozent plus eine Stimme knapp verfehlte. Savimbi wäre aus der notwendig gewordenen Stichwahl kaum als Sieger

hervorgegangen. Griff er deshalb wieder zu den Waffen?

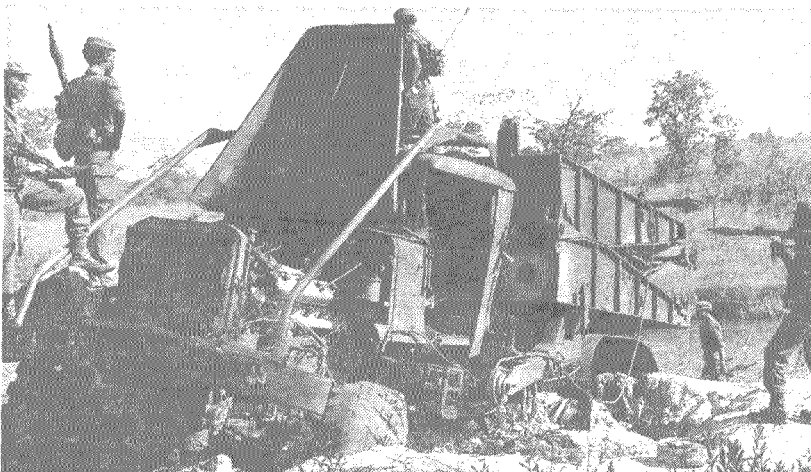
Wahrscheinlich wäre dos Santos in der ersten Runde (wieder) gewählt worden, wenn sich nicht viele Wähler beim «Ankreuzen» ihres Kandidaten im dafür vorgesehenen Kästchen geirrt hätten. Auf dem Wahlzettel prangte dos Santos' Photo in der Mitte zwischen anderen Kandidaten. So ist es denkbar, dass zahlreiche Wähler einen der Kandidaten unmittelbar über oder unter dos Santos ankreuzten. Bei Savimbi konnten sich die Wähler nicht versehentlich «vertun». Sein Bild war unten, am Ende des Wahlzettels.

Savimbi beschimpfte die Nationale Wahlkommission (CNE) und die über achthundert internationalen Wahlbeobachter, die die Wahlen als «für afrikanische Verhältnisse überaus korrekt» bezeichnet hatten. Savimbi brüstete sich mit den Kriegstaten seiner Unita. Dos Santos hingegen versprach den erschöpften und kriegsmüden Angolanern endlich «tranquilidade», Ruhe.

In den siebzehn Jahren ihrer Herrschaft hat sich die MPLA als inkompetent und korrupt erwiesen. Schlimmste Vetternwirtschaft grassiert im Verwaltungsapparat unter den 120 000 Beamten. Aber der MPLA gelang es, die Wähler davon zu überzeugen, dass der Frieden vor allem ihrem Verhandlungsgeschick zu verdanken sei.

Vorschusslorbeeren

Savimbi, der in der Schweiz studiert hat – wahrscheinlich auch deswegen mit «demokratischen Vorschusslorbeeren» bedacht worden war –, entpuppte sich als unberechenbar, als ein schlechter Wahlverlierer. Wahrscheinlich erst ein Zerfall der Unita wird den Angolanern den heiss ersehnten Frieden bringen. Die Wahlen in Angola waren nicht nur von Bedeutung für Angola, sondern für das gesamte südliche Afrika. Mögen sie kein schlechtes Omen sein, vor allem für die weitere demokratische Entwicklung in Südafrika, in Namibia und Moçambique. □



Wieder Krieg in Angola.

(Photo Baumgartner)

Beatrice Uffer: Eine liberale Rheintalerin

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Ich hoffe, dass das Verständnis und Interesse zwischen verschiedenen Völkern und Kulturen wächst, so dass ohne neue Blockbildung ein friedliches Zusammenleben möglich wird und Probleme vermehrt durch Vermittlung der Völkergemeinschaft friedlich gelöst werden können.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die globale Umweltzerstörung und der Stellenwert der Gewalt als (vermeintliches) Konfliktlösungsmittel (dies beginnt auf dem Pausenplatz, geht über fremdenfeindliche Anschläge bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen).

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Als für mich persönlich wichtigste Erfindung kommt mir die Geschirrwaschmaschine in den Sinn; sie schenkt mir Zeit für anderes. Auf der andern Seite ist das Fernsehen für mich am entbehrlichsten.



Dr. Beatrice Uffer wählt das «Liberale Manifest» der FDP als Grundlage ihres Wirkens bei der sankt-gallischen FDP.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt im flächenmässig so kleinen Land und der politische Zusammenhalt trotz allen «Gräben»; unser mehrstufiges Bildungssystem, das wir keinesfalls nivellieren sollten, und nicht zuletzt die Zuverlässigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Das Zurückweichen gegenüber Europa; dadurch kommt meines Erachtens einerseits Angst vor Fremdem (Konkurrenz) und andererseits die von der Illusion geprägte Haltung, dass allein der rote Pass im Ausland (auch heute noch) alle Türen öffnet, zum Vorschein. Vielleicht fehlt es auch am Vertrauen darauf, was die Schweiz als aktiver Teil von Europa bewirken könnte.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Ja; dies zeigt sich darin, dass in der direkten Demokratie ein Fortschritt nur in kleinen Schritten möglich ist und von Kompromissen geprägt sein muss.

Warum sind Sie bei der FDP?

Das Gedankengut der FDP, wie es im liberalen Manifest

zusammengefasst ist, entspricht grundsätzlich auch meinen Vorstellungen vom Zusammenleben. Wichtig scheint mir, dass jede Forderung nach individueller Freiheit auch die Verantwortung für die Mit- und Nachwelt im Auge behält.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Zum Glück bin ich nicht im Nobelpreiskomitee... Ich würde Richard von Weizsäcker vorschlagen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker überzeugen?

Durch fundierte Sachkenntnis, Kommunikationsfähigkeit und Initiative.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ich freue mich auf den Tag, an welchem Gleichberechtigung kein politisches Thema mehr sein muss, weil sie zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Eine Patentlösung für das Drogenproblem finden.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Schwäche: wenig Geduld. Stärke: Offenheit und Effizienz.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Alphonse Daudet, Le Petit Chose.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Soviel Sport wie möglich und Sauna. □

Kurzbiographie

Dr. Beatrice Uffer-Tobler

Zur Person: Verheiratet mit Marc Uffer, Ingenieur. Mutter von 3 Kindern (zwischen 3½ und 7½ Jahren), wohnhaft in Thal (zuunterst im Rheintal).

Alter: 37 Jahre

Berufliche Stationen: Matura in St. Gallen, Studium der Rechtswissenschaften in Zürich und Lausanne, Assistenz, Doktorat und Lehrauftrag an der Universität Zürich, Anwaltspraktikum und Anwaltspatent im Kanton

St. Gallen, seither nebst den Aufgaben in der Familie Tätigkeit als ausserordentliche Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht und seit Sommer 1991 zusätzlich Vizepräsidentin am Bezirksgericht Unter-rheintal.

Politischer Werdegang: Parteieintritt 1988, Aktuarin der Ortspartei und von der FDP ins Bezirksgericht Unter-rheintal abgeordnet.

Liebste Tätigkeit: Sport (Tennis und Skifahren) und Lektüre. □

Junge Staaten

Die Landkarte Europas hat sich verändert; neue Staaten sind entstanden. In der ehemaligen Sowjetunion haben sich die 15 Republiken für unabhängig erklärt. Eine kleine Dokumentation* gibt einen knappen Überblick über Territorium, Wirtschaft, Geschichte und Politik der jungen Staaten. Wir veröffentlichen daraus das Vorwort von Christian Brügger:

«Die frühere Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR, Sowjetunion) setzte sich aus 15 Republiken zusammen. Sie waren nominell unabhängig, was indessen keine Rolle spielte. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihrem formellen Ende im Dezember 1991 besteht eine Zweiteilung unter den ehemaligen Mitgliedern. Zehn von ihnen haben sich zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammengeschlossen, und fünf von ihnen sind ihr nicht beigetreten. Dabei handelt es sich um die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie um Georgien und Aserbeidschan, also durchwegs Kleinstaaten.

Indessen ist auch die GUS kein Gebilde, das in seinen organisatorischen Strukturen oder auch nur in seiner Zusammensetzung definitiv feststünde. Unbestimmt sind ferner die territorialen Zugehörigkeiten, da etliche Völker oder Volksgruppen sich nicht mehr als Teil der bisherigen Republik betrachten. Die Entwicklung neuer Staaten, ob gemeinsam oder separat, hat erst angefangen. Aus diesem Grund rechtfertigt es sich, die heutigen Gegebenheiten der ehemaligen Sowjetrepubliken unabhängig davon zu skizzieren, ob sie der GUS angehören oder nicht. Eine andere Gemeinsamkeit als die vormalige Sowjetzugehörigkeit wird dabei nicht impliziert.

Slawische Kernlande

Das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gliedert sich in

Regionen von unterschiedlichem Gewicht. Russland (die Russische Föderation), die Ukraine und Weissrussland stellen die slawischen Kernlande des ehemaligen Zarenreichs dar, und trotz den über hundert Völkerschaften bleiben die Slawen das ethnisch einheitlich dominierende Element. Sie haben eine vorwiegend gemeinsame Geschichte und Kultur. Politisch verhalten sich zurzeit Russland und die Ukraine wie feindliche Brüder, aber dieses Bild leugnet die enge Verwandtschaft ja nicht. In den drei Staaten wohnen rund drei Viertel der vormaligen Sowjetbevölkerung.

Moldawien

Zwischen der Ukraine und Rumänien liegt das kleine Moldawien (Moldova), das bis auf abtrünnige Minderheiten rumänischer Kultur ist. Es gehörte denn auch zeitweilig und partiell zu Rumänien. Die Wiedervereinigung ist ein beidseitig deklariertes Fernziel.

Baltikum

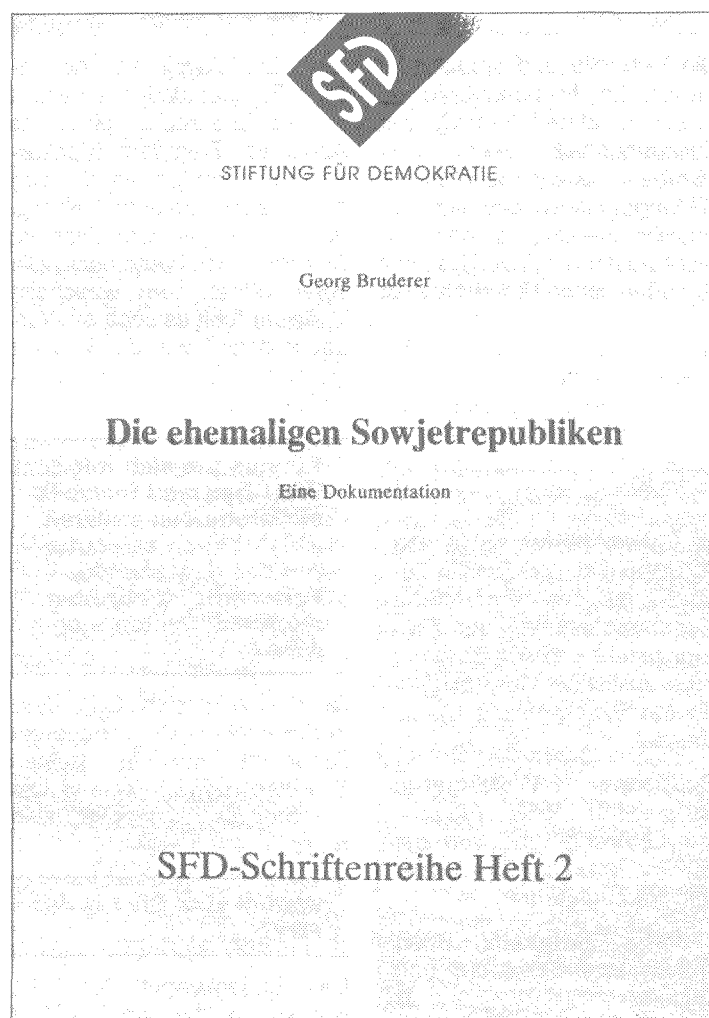
Die drei Staaten der baltischen Region verfolgen ihren separaten Weg der definitiven Abtrennung von Russland und der GUS mit Entschlossenheit. Sie waren 1918 unabhängig geworden und 1940 auf Grund des Hitler-Stalin-Paketes der Sowjetunion einverleibt worden. Ihre Wohnbevölkerung umfasst, speziell im Falle Lettlands, viele Russen, und die Frage der allenfalls legitimen Sonderinteressen Russlands ist auch in strategischen Belangen noch keineswegs geklärt. Indessen besteht über die Zugehörigkeit der drei untereinander verbundenen und verbündeten Staaten zu Mitteleuropa kein ernstlicher Zweifel mehr.

Kaukasien

Überaus zerrissen präsentiert sich zurzeit und für jede absehbare Zukunft die kaukasische (oder transkaukasische) Region mit Georgien, Armenien und Aserbeidschan. Georgien steht ausserhalb der GUS, hat aber nach dem Putsch vom Dezember 1991 seit April 1992 mit Eduard Schewardnadse einen klassischen sowjetischen Reformpolitiker als Präsidenten. Nachhaltiger in dieser Region ist der immer stärker klaffende Gegensatz zwischen der christlichen und der islamischen Kultur. Das armenisch bewohnte Karabach in Aserbeidschan und die aserbeidschanische Exklave Nachitschewan im Westen Armeniens sind territorialer Ausdruck für die Konflikte an vielen Fronten. Die Interessen Russlands einerseits und der Türkei und Irans andererseits lassen eine Internationalisierung der kriegerischen Zustände jederzeit als möglich erscheinen.

Zentralasien

Die zentralasiatische Region, ungefähr identisch mit der früheren Region Turkestan, umfasst die Republiken Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan. Sie haben die generellen Charakteristiken von Entwicklungsländern, unter anderem hohe Geburtenraten, eine hohe Kindersterblichkeit und eine grosse (früher bloss kaschierte) Arbeitslosigkeit. Präzedenzlose Ausmasse angenommen hat dort die Umweltzerstörung, und sie schreitet fort. Bis auf den russisch bewohnten Norden Kasachstans ist die Region islamisch. Das kommt politisch erst ansatzweise zum Tragen, denn diesbezüglich hat Zentralasien eine besondere Kontinuität. Die sowjetischen Machtstrukturen, völlig überzogen mit dem orientalischen Filz, haben dort besser gehalten als sonst irgendwo. Die Opposition dagegen hat eine säkular-demokratische und eine islamische Potenz. Die wirklichen Ausmarchungen stehen in sämtlichen Belangen noch bevor, falls die umfassende Vergiftung von Boden, Wasser und Luft den menschlichen Auseinandersetzungen nicht schon zuvor die Grundlage entzieht. » □



* Georg Bruderer: Die ehemaligen Sowjetrepubliken. Eine Dokumentation. SFD-Schriftenreihe Heft 2. Herausgegeben von der Stiftung für Demokratie, CH-3000 Bern 6. (ISBN 3-85913-170-2)

Gemäss freisinnigem Konzept wollten wir zunächst die aussenwirtschaftliche Front mit dem EWR-Vertrag absichern und anschliessend unsere hausgemachten Probleme bei der Revitalisierung der Wirtschaft lösen. Nun ist der erste Schritt gescheitert. Wir haben im Aussenwirtschaftsbereich zusätzliche Unsicherheiten und Schwierigkeiten. Deshalb kommt den landesinternen Massnahmen eine noch grössere Bedeutung zu. Dabei geht es nicht darum, in Aktivismus zu verfallen, sondern es müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Was sind diese Hausaufgaben?

Parteipräsident
Nationalrat
Franz Steinegger (UR)*

Wir wollen Preisstabilität. Wir wollen gesunde Staatsfinanzen. Wir wollen ein Fiskalsystem, das die wirtschaftlichen Aktivitäten nicht unnötig behindert. Auch vor der politischen Aufgabe der Sanierung der Bundesfinanzen können wir uns nicht drücken. Dazu brauchen wir aber zunächst eine zuverlässige Übersicht. Auf dieser Grundlage kann dann entschieden werden, ob die Probleme vollumfänglich durch Ausgabenkürzungen oder kombiniert mit der Beschaffung von Mehreinnahmen gelöst werden sollen. Auch der Souverän soll entscheiden können, ob er sparen oder zahlen will. Auf jeden Fall können wir nicht auf Dauer mehr ausgeben, als die Bürger bereit sind zu zahlen.

Das Problem der Sanierung der Bundesfinanzen und die neue Bundesfinanzordnung sind entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft.

Andere europäische Länder haben uns in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, was sich ereignen kann, wenn dieser Bereich ausser Kontrolle gerät.

Revitalisierung

Das zweite Haupttraktandum ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen, ist die Revitalisierung. Die FDP hat als erste grosse Organisation an ihrer a.o. Delegiertenversammlung



Franz Steinegger: «Hinter diesen Zielen steht auch eine Vision»
(Photo ruti)

lung in Basel vom 26. Januar 1991 ein derartiges Programm gefordert. Am Parteitag vom 3. April 1992 in Altdorf haben wir ein Paket notwendiger Massnahmen vorgestellt. Seither ist viel Wasser den Rhein oder die Reuss hinuntergeflossen. Heute verfügt auch der Bundesrat über konkrete und zeitlich fixierte Programme, die es nun zu realisieren gilt.

Verbesserung der Beschäftigungslage

Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage bereitet uns grosse Sorgen.

Wir sind uns bewusst, dass jede Entlassung ein persönliches Drama bedeutet und auch für die Familien der Be-

«Wir müssen unsere Hausaufgaben machen»

derartige Forderungen sogar ausgesprochen kontraproduktiv.

Es macht wenig Sinn, dass der Staat bei den Bürgern Geld holt, um Beschäftigungsprogramme zu veranstalten, wenn der einzelne Bürger viel besser weiss, wo und wofür er Arbeitsplätze schaffen könnte, wenn man ihm das Geld lassen würde oder wenn man ihn nicht durch staatliche Reglemente an den Investitionen hindern würde.

So ist es beispielsweise im Bereiche des Wohnungsbaus und der Wohnungserneuerung sinnlos, zusätzliche staatliche Mittel bereitzustellen, wenn nicht gleichzeitig im Mietrecht Anpassungen vorgenommen werden. Ein Mietrecht, das gemäss wirtschaftlichen Untersuchungen negative Auswirkungen auf die Effizienz hat, ohne dass es die sozialpolitischen Ziele erfüllt.

In der Logik der Beschäftigungsprogramme sollten wir eigentlich Vollbeschäftigung haben. Der Bund hat noch nie höhere Ausgaben getätigt als 1992. Es kann deshalb kaum behauptet werden, mit noch mehr Ausgaben würden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Gegen Konsum auf Pump

Angesichts der heutigen Wirtschaftslage sind wir bereit, vorübergehend eine wachsende Verschuldung im Umfang der Teuerung und der Steigerung des Bruttoinlandproduktes in Kauf zu nehmen, sofern damit Investitionen aufrechterhalten werden. Wir sind jedoch gegen Konsum auf Pump. Wir sind der Meinung, dass für den privaten Woh-

* Auszug aus der Ansprache, gehalten an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1993 in Lenzburg.

nungsbau und auch für öffentliche Anlagen die vielen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden sollen. Wir sind der Meinung, dass die beschlossenen grossen Infrastrukturinvestitionen wie Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, «Bahn 2000» und Alpentransit nun in Angriff genommen werden sollten.

Gegenüber staatlichen Beschäftigungs- und Impulsprogrammen sind wir äusserst skeptisch. Die Unternehmen könnten dann auf «bequeme» Aufträge hoffen, die Lohnpolitik kann sich auf eine härtere Gangart einstellen, und man weiss im voraus, dass der Staat den Kapitalmarkt konkurrieren und private Investitionen zurückdrängen wird.

Übergang zur Mehrwertsteuer

Nur Fundamentalisten aber glauben, sie könnten in der Politik immer die reine Lehre durchsetzen. Um zu tragfähigen Lösungen zu kommen, müssen wir Prioritäten setzen.

Für uns hat der möglichst ertragsneutrale Übergang zur Mehrwertsteuer Priorität. Wir könnten damit für unsere Wirtschaft, vor allem für die Exportwirtschaft, ein wichtiges Zeichen setzen. Eine den wirtschaftlichen Anforderungen Rechnung tragende Fiskalpolitik ist ohne Mehrwertsteuer auf Dauer nicht mehr möglich.

Die SP hat kurzfristige beschäftigungspolitische Massnahmen zur Kondition für die Zustimmung zur Mehrwertsteuer gemacht. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache und auf Wunsch unserer bürgerlichen Partner werden wir deshalb in den sauren Apfel beissen und ein einmaliges Impulsprogramm für Kantone und Gemeinden von 250 Millionen Franken für 1993 und eine weitere Einlage von 50 Millionen Franken zugunsten des sozialen Wohnungsbaus nicht verhindern.

Freisinniger Pragmatismus

Es war mir ein Anliegen, das freisinnige Konzept für die Wirtschaftspolitik darzustellen. Freisinniger, nüchterner Pragmatismus ist gefragt, um im Interesse unseres Landes die

ausserwirtschaftlichen Probleme und die binnenwirtschaftlichen Fragen zu lösen. Hinter diesen Zielen steht aber auch eine Vision.

Wir bejahen die Notwendigkeit des pragmatischen Zusammenschlusses in Europa, ohne an die Mission Europas als Block zu

glauben. Im Innern wollen wir eine Wirtschaft, in der jeder Arbeit findet, der arbeiten will.

Unser Beschäftigungsprogramm schafft tatsächlich Arbeitsplätze. Es heisst:

- hartnäckige ausserwirtschaftspolitische Interessenvertretung,

- Preisstabilität,
- Sanierung der Bundesfinanzen unter grösstmöglicher Aufrechterhaltung der Investitionen,
- Systemwechsel zur Mehrwertsteuer bei der neuen Bundesfinanzordnung,
- ordnungspolitische Erneuerung, eine liberale Fitnesskur. □

Klar liberale Impulse

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung befasste sich an einer zweitägigen Tagung mit der Revitalisierung der Schweizer Wirtschaft. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier steckten damit die Stossrichtung ihrer künftigen Politik ab, die klar ordnungspolitisch ausgerichtet ist.

In den folgenden Bereichen sieht die FDP-Fraktion vorrangigen Handlungsbedarf für eine liberalere, «fitere» Schweiz: Arbeitsmarkt, Bildung, Forschung, Umweltpolitik, Landwirtschaft, Boden und Wohnungsmarkt, Marktzutritt.

Arbeitsmarkt

- Präventivmassnahmen (Umschulung, Weiterbildung, Einarbeitungszuschüsse usw.) gemäss Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALV) werden zu wenig koordiniert und zu wenig professionell eingesetzt. Die FDP-Fraktion verlangt ein nationales Programm für Präventivmassnahmen unter Leitung eines ausserhalb der Verwaltung stehenden Koordinators. Dieses gesamtschweizerische koordinierte Programm muss sich auf Bund, Kantone, Parteien, Industrie, Gewerbe, Landschaft und Wissenschaft abstützen.

- Die Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte darf durch die Behördenpraxis bei der zumutbaren Arbeit nicht beeinträchtigt werden. Eine einheitliche Praxis in allen Kantonen ist nach Meinung der FDP-Fraktion unbedingt erforderlich.

- Die 17 bilateralen Stagiaireabkommen für jüngere Berufleute werden von Schweizer Seite – im Gegensatz zu den Partnerstaaten – viel zu wenig genutzt. Die Freisinnigen wei-

sen darauf hin, dass es dabei um beinahe 3000 Stagiairstellen geht. Sie fordern die Verantwortlichen auf, sofort zu handeln und diese Stellen zu besetzen.

- In der Fremdarbeiterpolitik muss nach Meinung der FDP-Fraktion dem geltenden Grundsatzes des prioritären Schutzes der einheimischen Arbeitskraft vermehrt Nachachtung verschafft werden. Eine konsequente und einheitliche Anwendung wird erlauben, dass Bund und Kantone mittelfristig die Kontingente abschaffen können. Das Saisonierstatut und die damit verbundene Umwandlungsmöglichkeit in Jahresaufenthalter soll abgeschafft werden, es ist eine Übergangsfrist von drei bis fünf Jahren vorzusehen. Für Hochqualifizierte und Spezialisten fordern die Freisinnigen sofort eine maximale Liberalisierung.

Bildung

- Im Bildungsbereich ist vermehrter Wettbewerb zu schaffen. Private Schulen und Institute müssen unter gleichen Qualitätsanforderungen Gelegenheit erhalten, Bildungsangebote zu offerieren.

- Die Durchlässigkeit in vertikaler (z. B. Berufsmaturität) und horizontaler Beziehung (z. B. bei Hochschulwechseln) ist energisch zu fördern; Bil-

dungsintegration innerhalb der Schweiz unter Respektierung föderalistischer Strukturen, so lautet das Motto.

- Unter dem Druck der finanziellen Situation muss nach Meinung der FDP-Fraktion das Hochschulwesen rasch restrukturiert werden. Es geht in erster Linie darum, bei den Universitäten durch ein koordiniertes Gesamtkonzept Schwerpunkte und Prioritäten zu schaffen.

- Die Qualitätsanforderungen in der Berufsbildung, an den Mittel- und Hochschulen sind zumindest aufrechtzuerhalten, wenn möglich aber zu steigern.

Forschung

- Ausgehend von bestehenden bilateralen Abkommen von 1986 ist ein neues bilaterales Forschungsabkommen EG – Schweiz in erster Priorität anzustreben, das eine Vollbeteiligung am dritten und vor allem vierten Rahmenprogramm anvisiert.

- Unsere aussereuropäische Forschungspolitik ist zu verstärken. Es sind bilaterale Forschungsabkommen mit technologischen Schlüsseländern wie USA, Kanada und Japan anzustreben. Im Sinne eines «Package» sollte darin auch der Forscher-, Studenten-, Fachleute- und Spezialistenaustausch vorgesehen werden. Gleichzeitig wäre auch die gegenseitige Freizügigkeit von Spitzenpersonal für Tochterunternehmen dieser Länder einzubeziehen.

Umweltpolitik

Zur Weltpolitik hält die FDP-Fraktion grundsätzlich fest,

dass die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen eine unerlässliche Aufgabe ist. In einer Zeit knapper Mittel ist es bei den Umweltbemühungen besonders wichtig, die Anstrengungen auf die zentralen Anliegen zu konzentrieren.

Im Rahmen der Revitalisierung ist eine Entwicklung anzustreben, die ohne zusätzliche Umweltbelastungen und ohne Steigerung des Verbrauches nicht erneuerbarer Ressourcen auskommt. Neue Technologien, die sich umweltschonend auswirken, verdienen im Rahmen der Revitalisierung besondere Förderung.

Die FDP-Fraktion sieht zwei Wege zur Verwirklichung von Umweltanliegen: einerseits das an die neuen Herausforderungen angepasste bisherige Konzept von Geboten und Verboten, andererseits ökonomische Lenkungsmechanismen. Sofern begründete Schutzziele mindestens ebenso effizient erreicht werden können, sind vermehrt marktwirtschaftliche Elemente anzustreben.

Landwirtschaft

In der Arbeitsgruppe Landwirtschaft wurde über Einkommenssicherung, strukturelle Anpassungen sowie Umweltfragen diskutiert. Als prioritär erwies sich die Forderung, dass Schweizer Nahrungsmittel wettbewerbsfähiger werden müssen. Dabei geht es in erster Linie um Deregulierung in den Branchen, die der Landwirtschaft vor- bzw. nachgelagert sind. Die Preisunterschiede zur EG für das, was der Landwirt zukaufft, sind zu senken; die Verarbeitung und der Handel sind in der Schweiz im Vergleich zur EG zu teuer. Die FDP-Fraktion kommt zum Schluss, dass zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Nahrungsmittel sowohl von den vorgelagerten Branchen, den Landwirten und dem Bund sowie den nachgelagerten Branchen grosse gemeinsame Anstrengungen nötig sein werden.

Boden und Wohnungsmarkt

Im Bereich Boden und Wohnen knüpft die Fraktion an frühere FDP-Postulate an, die es konsequent umzusetzen gilt. Zusammengefasst lauten sie:

mehr Marktmechanismen – flanierende Massnahmen im sozialen Bereich.

Konkret fordert die FDP-Fraktion: die Aufhebung der Dringlichen Bundesbeschlüsse (Sperrfrist, Pfandbelastungsgrenze), den Übergang zur Marktmiete, Verfahrensvereinfachungen, Ablehnung des Vorverkaufsrechts der Mieter, eine flexiblere Nutzungsordnung, was eine Revision des Raumplanungsgesetzes bedingt, sowie flexiblere Nutzungsmöglichkeiten, steuerliche Entlastungen für gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften, bei der Revision der Lex Friedrich Wiederaufnahme der Eurolex-Vorlage.

Marktzutritt

Im Bereich Marktzutritt sieht die FDP-Fraktion Handlungsbedarf in fünf Bereichen:

- Es gilt, sinnvolle Lösungen für den Zutritt von Schweizer Produkten im EWR zu finden. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip soll nicht nur für EWR-Länder gelten, sondern auf alle OECD-Länder ausgedehnt werden. Dabei ist – wenn möglich – auf das Prinzip der Gegenseitigkeit zu achten, dieses soll aber nicht vorrangig sein.

- Im Inland ist mehr Wettbewerb zu schaffen, das heisst dem Cassis-de-Dijon-Prinzip zwischen den Kantonen zum Durchbruch zu verhelfen.

- Zur Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens ist ein Konkordat erforderlich, das Regeln beseitigt, die ausserkantonale Anbieter diskriminieren.

- Die Revision des Kartellgesetzes im Sinne der Vorschläge des Bundesrates wird von der FDP-Fraktion unterstützt.

- Vertieft behandeln werden die Freisinnigen die Frage des Rückzuges des Staates aus unternehmerischen Aktivitäten. Mit anderen Worten: Privatisierung, wo immer möglich. In der Märzsession werden entsprechende Anträge der Fraktion zur Stellungnahme unterbreitet.

Nach dieser ersten Auslegung und Diskussion werden die Arbeiten in der FDP-Fraktion fortgesetzt. Dabei geht es darum, die Revitalisierungsschritte in den einzelnen Sachgebieten weiter zu konkretisieren und entsprechende Vorstösse zu erarbeiten. □

Kolumne

Die SRG hat etwas gegen Schweizer Konkurrenz



Die Radio- und Fernsehbranche der Schweiz ist in den letzten Monaten in Bewegung geraten. Der Bundesrat hat im November 1992 der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) auf Grund des neuen Radio- und Fernsehgesetzes eine Konzession auf zehn Jahre erteilt. Ferner hat er im Dezember einem Schweizer Privatfernsehen, der AG Schweizer Fernsehen International, hinter dem vor allem Margrith Trappe als Promotorin steht, eine zehnjährige Konzession verliehen. Noch im ersten Semester 1993 soll gesendet werden. Schliesslich wurde der SRG eine vierte – nicht der Direktion DRS unterstellte – Senderkette, S+ (Sendebeginn 23. August), zugestanden, zu deren Direktor Roy Oppenheim gewählt wurde. Ist damit im schweizerischen Fernseh- wie im lokalen Radiobereich die Konkurrenz etabliert und die SRG nicht nur dem rauhen Wind des internationalen, sondern auch des einheimischen Wettbewerbs ausgesetzt?

Zunächst muss festgehalten werden, dass der Bundesrat in der Konzession entgegen den Wünschen der SRG an einem konkreten Programm Auftrag als Gegengewicht zum blossen Schielen nach hohen Einschaltquoten festgehalten hat. Das ist gegenüber einem Unternehmen wohl angemessen, das zu siebzig Prozent von den Einnahmen aus dem Gebührenmonopol lebt. Die SRG ist unter anderem verpflichtet worden, in ihren Programmen das gegenseitige Verständnis und den Austausch zwischen den Landesteilen zu fördern (was nach dem 6. Dezember kaum bestritten sein dürfte), «eine allgemeine, vielfältige und sachgerechte Informations- und Meinungsbildung» zu bieten, die kulturellen Werte des Landes zu stärken und bildende Inhalte und Unterhaltung zu vermit-

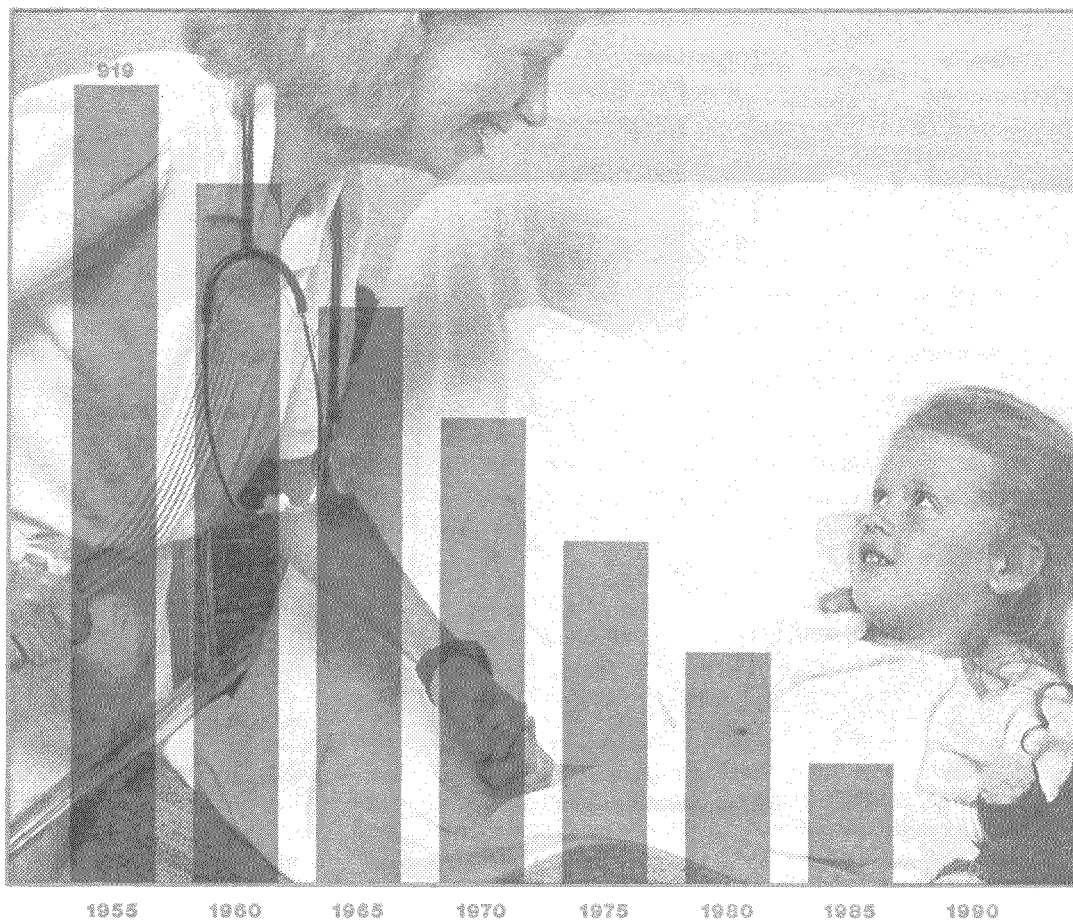
teln. An diesem Auftrag müssen auch künftig die Leistungen der SRG gemessen werden. Er sollte Gewähr bieten, dass die Qualität der Information gewährleistet bleibt und DRS nicht in ein leichtes und vor allem auf Amüsement angelegtes «Infotainment» abgleitet oder gar unter dem Druck von Sat 1 und RTL wie andere nationale Sender dem Teleporno die Tür immer etwas weiter öffnet.

Auch das Vertrauen in die Objektivität vor allem der innenpolitischen Sendungen ist immer noch nicht allzu gefestigt. Der Übergang vom «Randgruppen-» zum «Mehrheits-Medium» unter dem Druck zunehmender internationaler Konkurrenz hat zwar einiges bewirkt. Aber der missionarische politische Eifer mancher Mitarbeiter mottet da und dort weiter und flammt wie beispielsweise nach dem 6. Dezember immer wieder auf.

Gerade deshalb wäre eine echte schweizerische Konkurrenz vor allem auf dem Felde der nationalen, kantonalen und regionalen Information wünschbar. Die Rahmenbedingungen für die vorliegenden Projekte sind jedoch alles andere als attraktiv. In allen Fällen ist die bisher aufgezeigte finanzielle Basis ungenügend. Die Bundes- und SRG-Richtlinien sind entweder deutlich zu eng oder zu vage, um eine echte Konkurrenz mit Erfolgsaussichten zu ermöglichen; das gilt sogar für S+. Auch das Programm des Fernsehens von M. Trappe steht doch wohl auf schwankendem finanziellem Grund. Kein Wunder, dass sich manche Interessenten (wie auch die «NZZ») lieber mit handfesten Angeboten im Ausland befassen. Die SRG hat etwas gegen Schweizer Konkurrenz, sonst würde sie fairer operieren. Ob sie sich damit auf die Dauer nicht ins eigene Fleisch schneidet?

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen



1955 sind in der Schweiz noch 919 Menschen an Kinderlähmung erkrankt. 1987 war die Krankheit praktisch verschwunden. Die Sterblichkeit an Kinderlähmung ist seit 1940 um 100% auf Null gesunken.

Wir dürfen nicht aufgeben: Für unsere Kranken.

- **Krankheiten heilen ist keine Selbstverständlichkeit.**

Viele Krankheiten, gegen die es früher keine Mittel gab, können heute dank medizinischer Forschung geheilt oder zumindest gelindert werden.

- **Bessere Impfungen, wirksamere Medikamente, neue Behandlungsmethoden helfen unserer Gesundheit.**

Mit der Impfung gegen Kinderlähmung zum Beispiel konnte diese Krankheit ausgerottet werden. Doch noch gibt es ungelöste Probleme – zum Beispiel Querschnittslähmung, zum Beispiel Krebs, zum Beispiel Aids.

- **Die medizinische Forschung braucht den Tierversuch.**

Immer weniger, immer besser kontrollierte und immer schonender durchgeführte Tierversuche. Ein Verzicht auf Tierversuche ist allerdings nicht möglich.

- **Die neue Initiative gegen Tierversuche ist radikal. Sie will sämtliche Tierversuche in der Schweiz verbieten.**

NEIN

zum radikalen Verbot von Tierversuchen.

Eine Information des Arbeitskreises Gesundheit und Forschung, Postfach, 8024 Zürich

Reformdynamik allüberall

Das Wort «Reform» hat sich in fast allen Bereichen der schweizerischen Politik eingenistet. Reformiert werden sollen das Parlaments- und Regierungssystem, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das Steuer- und Finanzwesen, das Militärwesen, die Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik, die Energiepolitik usw. usw. Woher kommt auf einmal diese Reformdynamik? Ist dieses «Reformieren» nur eine «hektische Stagnation», oder steht mehr dahinter? Verfolgen Parlament und Regierung ein umfassendes und kohärentes Reformkonzept, oder wird der Reform wegen reformiert?

◊ Sven Bradke*

1987 beauftragte das Parlament den Bundesrat (leider unbefristet), einen Entwurf einer revidierten Bundesverfassung zu erarbeiten. Dieser Entwurf soll das geltende geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht nachführen und allfällige neue Variantenvorschläge zur Diskussion stellen (vgl. Kasten).

Obschon dieser Auftrag vom Bundesrat in den Bericht der Legislaturplanung 1991 bis 1995 aufgenommen wurde, hört man derzeit wenig von diesem Vorhaben. Dabei wäre ein solcher Entwurf oder Teilentwurf einer neuen Bundesverfassung doch ein Gesamtkonzept, das alle Reformen in eine Gesamtordnung einbetten würde.

Dasselbe gilt für die Wirtschaftsverfassung, welche einen Teil der Bundesverfassung darstellt. Seit dem Integrationsentscheid werden die Rufe nach Revitalisierung, Liberalisierung und Deregulierung lauter. Es bestehen auch konkrete wirtschaftliche Reformprogramme; nur über das Dach aller Reformen, die Wirtschaftsverfassung, wird wenig diskutiert. Sollte man die Gunst der Stunde nicht nutzen, um etwas konzeptioneller und fachübergreifender an die Arbeit zu gehen?

* Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR) an der Hochschule St. Gallen unter Prof. Häuser, engagiertes FDP-Mitglied.

Dies heisst nicht, dass punktuelle, pragmatische Reformen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes aufzuschieben wären. Im Gegenteil, der ökonomische Handlungsbedarf ist akut. Wünschenswert wäre aber eine parallele, breite Diskussion über die Grundphilosophie oder Strategie aller Wirtschaftsreformen.

Grundkriterien

Aus liberaler Sicht wäre es zu begrüssen, wenn die Strategie der Wirtschaftsreformen folgende Punkte beinhalten würde (eine stabile Geldpolitik sei vorausgesetzt):

- Die Funktionsfähigkeit des Preises muss garantiert werden. Preisbindungen oder -verzerrungen durch den

Staat oder die Privaten sind zu verhindern.

- Es gilt das generelle, eintragbare und verfassungsmässige Prinzip der offenen und bestreitbaren Märkte. Diskriminierende oder protektionistische Massnahmen einzelner gut organisierter Interessengruppen sind zu unterbinden.
- Die Handels- und Gewerbe-freiheit, die Eigentumsgarantie und die Vertragsfreiheit sind als Grundparameter der Wirtschaftsfreiheit vor weiterer Aushöhlung (auch durch das Bundesgericht) zu schützen.
- Dort wo der Staat Leistungen erbringt, soll zumindest rechtlich die Konkurrenz möglich sein. Staatsunternehmen sind somit zulässig, jedoch keine Staatsmonopole.
- Die staatliche Wirtschaftstätigkeit soll generell einer stärkeren verfassungsmässigeren Bindung unterliegen.

Totalrevision

Art. 1

Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 wird total revidiert (Art. 120 BV).

Art. 2

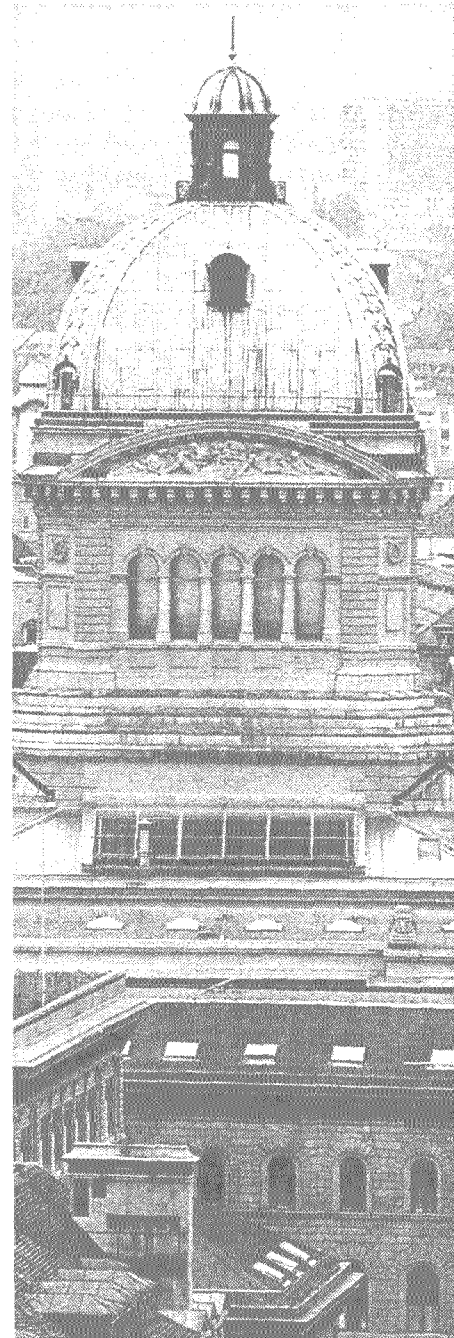
Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung den Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung.

Art. 3

Der Entwurf wird das geltende geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht nachführen, es verständlich darstellen, systematisch ordnen sowie Dichte und Sprache vereinheitlichen. □

BBl Nr. 25, Band II, 30. Juni 1987, S. 963

Es gäbe noch weitere Grundkriterien einer liberalen Strategie der Wirtschaftsreform. Da Politik immer ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen und Ideologien ist, lässt sich auch manches nicht, wie gewünscht, verwirklichen. Bei jeder politischen Kompromissfindung sollte allerdings die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Preises als zwingendes Kriterium im Vordergrund stehen. Denn Lohnfixierung, Mietpreisindexierung und Kontingente entsprechen nicht dem Prinzip des Marktes. Sie setzen die Preisfunktion ausser Kraft, verzerren die Wirtschaftsstruktur und führen oftmals zu notwendig werdenden Folge-massnahmen.



Unter der Bundeshauskuppel herrscht Reformeifer. (Photo Stahl)

Revision der Wirtschaftsverfassung

Die oben genannten Punkte einer Strategie der Wirtschaftsreformen betreffen meist auch die Bundesverfassung. Vor allem institutionelle Änderungen setzen eine Verfassungsrevision voraus. Wer über Wirtschaftsreformen spricht, sollte folglich auch über Reformen der schweizerischen Wirtschaftsverfassung sprechen. Beides geht Hand in Hand. Insofern wäre eine konzeptionelle und breite Diskussion über die verschiedenen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung nicht nur begrüssenswert und erwünscht, sondern nötig! □

Im EWR-Abstimmungskampf kam etwas zum Vorschein, das wohl noch Jahre dauert, bis es sich einebnet: kontroverse Auffassungen über das Wesen der Schweiz. Die Meinungs-differenzen sind grösser als bisher angenommen, und die Visionen von der Schweiz könnten vielfältiger nicht sein. Zerstritten werden wir die Zukunft aber nicht meistern. Vor diesem Hintergrund erscheint die Neuordnung der Handelsbeziehungen zu Europa ohne EWR geradezu ein Kinderspiel. Die in der EWR-Frage in seltener Geschlossenheit auftretenden Behörden, Parteien oder Wirtschaftsverbände bürgen dafür. Den Problemfall Schweiz zu bewältigen wird mehr Fingerspitzengefühl erfordern.



Christian Kauter: «In der EWR-Abstimmung sind völlig unterschiedliche Konzepte zur Zukunft unseres Landes präsentiert worden.» (Photo ruti)

Die schweizerischen Prioritäten müssen neu geordnet werden

Generalsekretär
Christian Kauter

Europa wurde in der Neuzeit mehrfach umgekrempelt. Jede dieser Erschütterungen löste auch in der Schweiz schwere politische Nachbeben aus. Einmal (1848) lag sogar das Epizentrum in der Schweiz. Damals profilierte sich unser Land als europäischer Vorkämpfer.

Dass der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in den Jahren 1989/90 auch die Schweiz erschüttern würde, entspricht geschichtlicher Logik. Schon nur der Wegfall des alle einigenden Anti-Moskau-Effekts hinterliess ja ein Vakuum.

Aus der Sicht der Geschichte kann man sich die Frage stellen, ob die Schweiz die fundamentale europäische Neuordnung in Ost und West diesmal tatsächlich mit einem zwar heftigen, doch allen rechtlichen Anforderungen beachtenden Abstimmungskampf zu bewältigen vermag. Liegt das Ärgste hinter uns?

Skepsis ist am Platz. Denn die europäische und weltweite Dynamik dürften von der Schweiz in recht naher Zukunft weit mehr verlangen als nur einen Handelsvertrag. Es ist leicht vorauszusehen, dass wir auch im Innern Abschied nehmen müssen von Altvertrautem und Liebgewordenem.

Wer sich die Frage nach dem «Wie weiter?» stellt, hat sich darum vorweg mit zwei Phänomenen zu befassen: Erstens mit Problemen, die der Schweiz vom veränderten Umfeld aufge-nötigt werden, ohne dass wir darauf nennenswerten Einfluss haben. Und zweitens mit den in der EWR-Abstimmung zutage getretenen unterschiedlichen Auffassungen über unseren Staat.

Die veränderte Welt

Seit Jahren tut sich die Schweiz schwer mit der Entwicklungshilfe. Zwar engagieren sich verschiedene Institutionen für die Dritte und Vierte Welt – trotzdem nimmt die Politik diese globale Herausforderung noch zuwenig zur Kenntnis. Seit den frühen achtziger Jahren ist Drittweltproblematik bei uns in den Bahnhöfen und auf Trottoirs sichtbar: erst nannte man die anreisenden Leute Asylanten. Heute verwendet man den Begriff Migration, zu deutsch: Völkerwanderung.

Langsam dämmert uns, dass wir es hier nicht mit einem Phänomen zu tun haben, das von den schweizerischen Behörden zu verantworten und darum von ihnen allein auch nicht zu lösen ist. Die Schweiz kann sich um Beiträge an die Entwicklungshilfe

herumdrukken – wie das bei Budgetproblemen immer wieder als erstes gefordert wird. Aber sie ist trotzdem mit Folgen der Drittweltprobleme konfrontiert.

In diesem Bereich ist die Schweiz auf Gedeih und Verderb angewiesen auf die andern Staaten, zum mindesten auf die europäischen Nachbarn. Wenn schon das grosse Deutschland dieses Problem nicht allein allein in den Griff bekommt, wie sollte das die Schweiz können?

Eng verbunden mit der Drittweltproblematik sind die Gatt-Verhandlungen. Zwar versuchen die europäischen Landwirtschaftsorganisationen (in dieser Beziehung marschieren die Schweizer Bauern Schulter an Schulter mit den EG-Bauern) den Abbau der Handels-schranken den «liberalistischen» Amerikanern in die Schuhe zu schieben.

Tatsache ist aber, dass sich die europäischen Schutzbestimmungen in erster Linie nicht gegen die Amerikaner, sondern gegen die Drittweltländer richten. Die USA sind nicht nur Sprecher für sich, sondern auch für die Länder der Dritten Welt. Das mag das Bild der Grün-Linken stören, kann aber nicht ernstlich bestritten werden.

Für viele Drittweltländer sind landwirtschaftliche Produkte das wichtigste Exporterzeugnis. Wir Europäer – allen voran

die Schweiz mit hohen Schutzmauern im Bereiche der Landwirtschaft – werden die Dämme nicht mehr lange halten können. Brechen diese, so wird das vielfältige Auswirkungen auf die schweizerische Landwirtschaft haben. Eine weitere innenpolitische Belastungsprobe ist vorgezeichnet.

Neben diesen beiden Herausforderungen nimmt sich der dritte Bereich geradezu bescheiden aus: die Exportprobleme der Schweizer Wirtschaft. Darüber ist im Zusammenhang mit dem EWR alles gesagt worden. Jeder zweite Franken in unserem Portemonnaie ist im Ausland verdient worden. Es kann der Schweiz nicht gut gehen, wenn unsere Exportwirtschaft am Boden liegt. Wir werden darum mit Sicherheit eine Form der Zusammenarbeit finden – allerdings eine etwas weniger einfache, als es der EWR gewesen wäre. Sicher ist, dass niemand in der Schweiz auf die Hälfte eines Einkommens verzichten will.

Vier Grund-auffassungen der Schweiz

In der EWR-Abstimmung sind völlig unterschiedliche Konzepte zur Zukunft unseres Landes präsentiert worden. Mindestens vier Grundströme lassen sich ausmachen:

- Die vor allem im Welschland, aber auch bei Studenten und

Intellektuellen beschworene offene europäische Schweiz. In idealistischer Verklärung wird einer Öffnung das Wort geredet, die geradewegs in einen europäischen Bundesstaat führt. Die Schweiz nur noch als Teilstaat, gleichsam als «Kanton» der VSE, der Vereinigten Staaten von Europa?

- In den Hügel- und Berggebieten der deutschen Schweiz ist das Selbstverständnis eines Landes verankert, das seine Probleme allein löst, nach den Worten von Niklaus von Flüe: «Machet den Zuun nid zwyt» oder auch nach dem Tellenwort von Schiller: «Der Starke ist am mächtigsten allein.»
- In Wirtschaftskreisen findet sich die dritte Grundauffassung: Die Schweiz als wirtschaftlicher Musterknabe. Danach ist die heutige Bundesverfassung, welche einzig die Mitwirkung der Wirtschaftsverbände kennt, aber die Existenz von Parteien verschweigt, zu erhalten. In einem Kraftakt wäre jetzt den liberalen Tugenden zum Durchbruch zu verhelfen.
- Die vierte Grundauffassung ist die der Grünen: Die Schweiz als «Musterlände». Sechs Millionen Helvetier leben vor, wie drei Milliarden Menschen die Probleme Hunger und Umwelt bewältigen können: Mit Stromsparlampen im Wohnzimmer, mit Biotopen in abgelegenen Tälern und mit Drittweltläden statt Shopping-Zentren.

Wohin führt der Weg?

Es braucht keine prophetische Gabe, um

das Utopische jedes einzelnen dieser vier Leitbilder zu erkennen. Dabei umfasst fraglos ein jedes Wichtiges und Richtiges.

- Die Schweiz, die in der Wirtschaft längst stärker internationalisiert ist als andere europäischen Staaten, muss sich auch politisch öffnen.
- Bei aller Öffnung darf sie aber ihre Selbständigkeit nicht aufgeben und muss ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren.
- Die Schweizer Wirtschaft ist für die Erhaltung des Landes wichtigster Garant. Die Anliegen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben darum Vorrang.
- Das Umweltbewusstsein muss erhalten bleiben, nicht in seiner Ausgestaltung als «Swiss miniature», sondern als weltweit vorbildliches Konzept.

Es darf nicht bei der Aufzählung dieser Randbedingungen bleiben. Sonst bleiben wir beim 1. August und beim landesweit beliebtesten Spiel stecken, nämlich dem Aushandeln von Kompromissen. Was not tut ist die Erstellung einer Prioritätenliste. Dabei darf man nicht diese vier Traumbilder gegeneinander ausspielen, sondern muss sich von den oben geschilderten sachlichen Prioritäten einer veränderten Welt leiten lassen.

Wichtigstes Erfordernis ist die Rückgewinnung der Handlungsfähigkeit. Das gemütliche Schweizer Militärfeld mit jahrelangem Vernehmlassungsverfahren und Konsultationen ist dem modernen Rennrad der Welt nicht mehr gewachsen.

Als Beispiel diene der Hinweis auf das Wachstum der Weltbevölkerung mit einer Verfünffachung innert weniger als einem Jahrhundert. In fünfzig Jahren wird die Welt hoffnungslos überbevölkert sein. Davon ist auch die Schweiz existentiell betroffen. Es wäre vermessen zu glauben, die Schweiz könne diese Entwicklung verhindern. Wir müssen aber auf diese globale Entwicklung eingehen und können uns helvetische Gemütlichkeit mit Problemlösungen frühestens im Sechsjahrestakt nicht mehr leisten.

Zweiter Punkt ist die Rückkehr zu mehr Markt. Die Weltwirtschaft wird innert ganz kurzer Zeit mehr Markt erzwingen. Das wird die Schweiz total erneuern.

Auch hier nur ein Beispiel: Die Schweiz ist nicht in der Lage, den Strukturanpassungsprozess in der Landwirtschaft zu verhindern, auch nicht durch

Direktzahlungen. Das ist aber nicht alles. Auch die übrige Binnenwirtschaft hat sich durch Kartelle, Gesetze und Übereinkünfte von den liberalen Grundsätzen entfernt. Die einfache Forderung nach mehr Markt entpuppt sich als dringende Notwendigkeit mit innenpolitischem Sprengstoff.

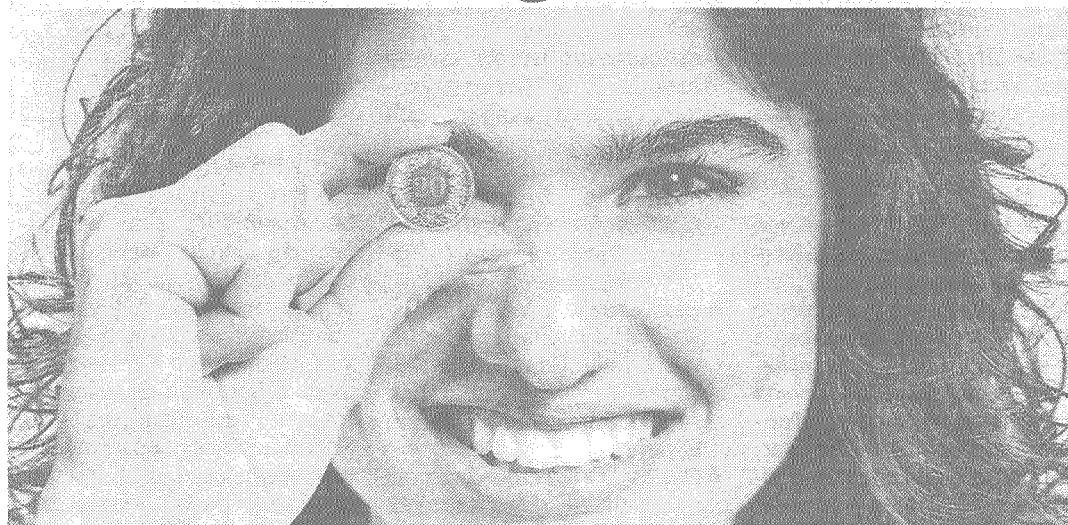
Das EWR-Nein stellt unser Land vor eine neue Situation. Neue Situationen bieten auch immer neue Chancen. Darum wäre es verfehlt, jetzt Zerstrittenheit zu zelebrieren, Wunden zu lecken oder noch schlimmer, zum «business as usual» zurückzukehren. Selbst die EWR-Gegner hatten unmissverständlich erklärt, das wir in erster Linie unser eigenes Haus in Ordnung bringen müssen. Allzuoft wurde in der Vergangenheit versucht, auftauchende Probleme durch staatliche Massnahmen zu lösen. Der weitaus grösste Teil der EWR-Gegner und Befürworter ist sich einig: Die Schweiz braucht mehr Markt. Diese Übereinstimmung für eine liberale Schweiz, die Vorschriften abbaut, ist ermutigend und gilt es zu nutzen.

PS: Die FDP Schweiz hat die Forderung nach mehr Markt bereits im Januar 1991 an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Basel aufgestellt. Mit ihrem Programm «Fitnesskur für den Wirtschaftsstandort Schweiz», verabschiedet anlässlich der ordentlichen Delegiertenversammlung im April 1992 in Altdorf, hat die Partei diese Forderung noch konkretisiert. □



Das EWR-Nein stellt unser Land vor eine neue Situation. (Photo Stahl)

Wenig Geld ...



So sehen es die Befürworter der Treibstoffgrundzollerhöhung. Die Gegner fühlen sich ausgenützt.

... grosse Wirkung!

Pro

Aus Realitätssinn und Verantwortung

Ja zur Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen

Nationalrat Pierre Etique (JU)

Die Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen fällt in eine konjunkturell schwierige Zeit und trifft viele Autofahrer empfindlich. Es ist auch unbestreitbar, dass der Strassenverkehr schon viel abgeworfen hat und dass man ihn nicht als Milchkuh betrachten soll, welche den Ausgleich der unausgeglichene Bundesfinanzen ein wenig zu leicht erlaubt. Wenn wir dennoch dem Gesetz und der damit verbundenen Erhöhung des Treibstoffzolls um 20 Rappen zustimmen sollen, dann als Folge von zwei Notwendigkeiten:

- um das Defizit im Bundeshaushalt zu verringern,

- um die Finanzierung der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes sicherzustellen.

Sanierung der Bundesfinanzen

Die Verschlimmerung des Budgetdefizits im Vergleich zum Finanzplan lässt sich aus folgenden Gründen erklären:

- die starke Erhöhung der Passivzinsen (+840 Mio. 1993 im Vergleich zu 1992),
- das um ein halbes Jahr verspätete Inkrafttreten der Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen, vorausgesetzt, sie wird am 7. März angenommen.

Trotz den Budgetstreichungen des Bundesrates und zusätzlicher Ausgabenkürzung durch die beiden Kammern haben sich diese schliesslich auf ein Budget 1993 mit einem

Fortsetzung auf Seite 19

Contra

Automobilisten werden geschröpft

Nein zur Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen

Hans-Urs Merz, Generaldirektor ACS

Seit je ist der Zollansatz auf Treibstoffen im Vergleich zu den übrigen Gütern ein Vielfaches höher, weil mit einem Teil der Einnahmen die Strassenaufgaben des Bundes gedeckt werden. Nach Artikel 36^{ter} der Bundesverfassung gibt es einen Grundzoll, und wenn die Hälfte davon für das Strassenwesen beim Bund nicht reicht, kann ein Zollzuschlag erhoben werden. Mit dem Bundesbeschluss, über den am 7. März 1993 abgestimmt werden muss, soll der Treibstoffgrundzoll um gute 20 Rappen erhöht werden, und dies nicht etwa wegen eines Mankos in der Strassenkasse,

sondern um Löcher in den Finanzen des Bundes zu stoppen. Der Strassenkasse kommen folglich nur 10 Rappen zugute. Die andern 650 Millionen Franken – so viel machen 10 Rappen mehr pro Liter aus – fließen in die Bundeskasse. Das wollen wir nicht.

Der motorisierte Strassenverkehr belastet den Bundeshaushalt im Gegensatz zu den Subventionsempfängern im Verkehrswesen (öffentlicher Verkehr) überhaupt nicht. Die Automobilisten bezahlen die Kosten für die Strassenaufwendungen des Bundes vollumfänglich selber.

Zusätzlich leistet der motorisierte Verkehr heute schon jährlich Beiträge in Milliardenhöhe an die allgemeine Bundeskasse. Allein aus dem Treibstoffzoll sind es zirka 1,66 Milliarden Franken pro Jahr; das ist mehr als sämtliche Ein-

Fortsetzung auf Seite 19

Extrem, absurd und unverantwortlich

Es ist stossend, dass das Schweizer Stimmvolk innert kürzester Zeit gleich dreimal zum praktisch gleichen Thema an die Urne gerufen wird. Ziemlich genau vor einem Jahr wurde die Initiative «Weg vom Tierversuch» deutlich abgelehnt. Zu Recht wurde ihr vorgeworfen, sie gehe zu weit und könne nicht verantwortet werden, weil mit ihr die Erhaltung der Volksgesundheit in Frage gestellt würde. Es wäre noch verständlich, wenn nach diesem klaren Nein jetzt eine etwas weniger weitgehende Vorlage präsentiert worden wäre. Das Gegenteil ist eingetroffen, denn die neue Initiative Abschaffung der Tierversuche unterscheidet sich von der alten dadurch, dass sie noch extremer gefasst wurde.

Professor Hans Künzi*

Die Initianten, es sind nicht die gleichen wie bei der letzten Vorlage, verlangen für unser Land ein absolutes und vollständiges Verbot für jegliche Tierversuche. Sollte ein derartiges Verbot bei uns zur Anwendung kommen, so hiesse das, dass zahlreiche bestausgewiesene medizinisch-pharmazeutische Forschungszentren ihre Arbeit sofort einstellen müssten und dass viele Spitzenforscher mit Weltruf unser Land verlassen müssten, um ihre Forschertätigkeit im Ausland auszuüben. Selbst die bei uns anerkannten Tierschutzorganisationen haben sich vom Vorgehen dieser Initianten distanziert.

Verzicht auf Weiterentwicklung

Scheinbar haben die Leute dieser unverantwortlichen Initiative vergessen, dass der Kampf gegen die Kinderlähmung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts sowie gegen weitere Infektionskrankheiten und Seuchen wie Pocken, Masern und Röteln nur dank Tierversuchen, was eindeutig belegt werden kann, erfolgreich geführt werden konnte. Ohne bestimmte Tierversuche wäre auch eine erfolgreiche Bekämpfung von Tierseuchen, wie z. B. die Maul- und Klauenseuche, nicht möglich gewesen. Ebenfalls müsste man ohne gewisse Tierversuche auch auf die Weiterentwicklung neuer sowie bisheriger Impfstoffe weitge-

hend verzichten. Wer könnte das verantworten, und wer wünscht einen solchen Stopp in der medizinischen Forschung?

Kampf gegen Querschnittlähmung

Erwähnt sei an dieser Stelle auch die hochaktuelle Forschung im Gebiete der Paraplegiologie. Dank gewissen Versuchen mit Ratten ist es unlängst einem Forscherteam am Hirnforschungsinstitut der Universität Zürich gelungen, epochale Ergebnisse im Bereich der Nervenregeneration zu erzielen. Damit ist man einer erfolgversprechenden Behandlung von Querschnittgelähmten einen wesentlichen Schritt näher gekommen.

Hier stellt sich die berechtigte Frage an die Initianten: Sind die Ratten, die für diese Forschung benötigt wurden, höher einzuschätzen als all die vielen tausend Querschnittgelähmten, denen die moderne Forschung hilft und weiter helfen möchte?

Alternativmethoden

Kompetente Fachkreise weisen darauf hin, dass gültige Alternativen für bestimmte Tierversuche nur darin bestünden, dass sich «Versuchsmenschen» statt Versuchstiere zur Verfügung stellen würden. Wer aber würde zum Beispiel sein Kind für die Prüfung von Impfstoffen hergeben? Bestimmt auch die extremen Tierschützer nicht, die hinter der vorliegenden Initiative stecken.

Dass aber gewisse Alternativmethoden heute zu den Tierversuchen möglich sind

und sich erfreulicherweise im Vormarsch befinden, ist hoch erfreulich und wird bewirken, dass sich die jährliche Zahl von Tierversuchen weiterhin reduzieren lässt.

Vorbildliches Tierschutzgesetz

Bei allen verantwortungsbewussten Menschen muss der Tierschutz eine hohe Priorität einnehmen. Diesem Tierschutz trägt aber gerade unsere

schweizerische Tierschutzgesetzgebung, eine der strengsten der Welt, voll und ganz Rechnung. Sie wurde im letzten Jahr vom Parlament erneut verschärft und ergänzt.

Somit brauchen wir nicht unsinnige Verbote, hingegen eine strenge und korrekte Handhabung der vorhandenen Tierschutzgesetzgebung. Auch unsere medizinische Forschung muss sich an den Grundsatz halten: Tierversuche so wenig wie möglich und nur dort, wo wirklich keine anderen Möglichkeiten oder Alternativen bestehen.

Aber eines wollen wir heute klar festhalten: Ganz ohne Tierversuche kann die medizinisch-pharmazeutische Forschung auch in Zukunft ihre lebenswichtige Aufgabe nicht erfüllen. Aus diesem Grunde müssen wir entschieden und bestimmt Nein sagen zum unvernünftigen, vollständigen Tierversuchsverbot.

Bei einer Annahme dieser Initiative sind nämlich die Leidtragenden in erster Linie, das sei nochmals deutlich gesagt, sowohl wir Menschen wie aber auch unsere Tiere! □

Totales Verbot?

NEIN

NEIN zum Totalverbot der Tierversuche

Die überflüssige und extreme Initiative für ein Totalverbot der Tierversuche ist eine politische Zwängerei.

Masslos fordern die Initianten das totale Verbot der Tierversuche, obwohl in der Schweiz eines der strengsten Tierschutz-Gesetze der Welt in Kraft ist.

In unserem Land soll jede medizinische Forschung zur Vermeidung und Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten wie Krebs, Aids usw. abgeschafft werden.

Wer Verantwortung trägt für die Gesundheit von Mensch und Tier, stimmt Nein zum Totalverbot der Tierversuche.

Schweizerisches Aktionskomitee "Nein zum Totalverbot der Tierversuche", Postfach 502, 8034 Zürich, Co-Präsidium: Nationalrätin Rosmarie Dormann (CVP/LU), Nationalräte Otto Hess (SVP/TG), Rémy Scheurer (LPS/NE), Marc Suter (FDP/BE)

* Ehem. FDP-Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich.

Vernünftige Lösung

Am 7. März 1993 werden Volk und Stände über die Aufhebung des Spielbankenverbots befinden. Dieses Verbot bezieht sich auf den sechzig Jahre alten Artikel 35 der Bundesverfassung, der das Einrichten und Betreiben von Spielbanken in der Schweiz verbietet. Mit der Aufhebung des Spielbankenverbots kann die AHV zusätzlich rund 150 Millionen Franken pro Jahr erhalten. Zudem wird die touristische Attraktivität der Schweiz grösser.

Nationalrat Duri Bezzola (GR)

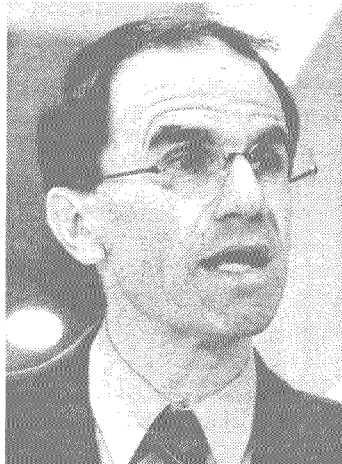
Was sind die Hauptziele der Revision?

Die Attraktivität des Tourismuslandes Schweiz soll gesteigert werden.

Erfahrungen im Ausland, vor allem in Österreich und Baden-Württemberg, zeigen, dass seriös betriebene und streng kontrollierte Spielbanken gut fürs Image eines Fremdenortes sind und das touristische Angebot einer Region bereichern. Zudem ziehen Fremdenorte mit Spielbanken Gäste eines höheren Standards an, was eine neue Herausforderung fürs Gastgewerbe und für die Spitzenhotellerie bedeutet.

Der Abfluss bedeutender Geldströme in die Spielbanken im grenznahen Ausland soll gebremst werden.

In unseren Spielkasinos darf neben den Geldspielautomaten – um die es hier bei dieser Revision nicht geht, sie bleiben weiterhin der kantonalen Gesetzgebung unterstellt – lediglich das Boule-Spiel betrieben werden, und der Spieleinsatz darf nicht mehr als Fr. 5.– betragen. Diese beiden Faktoren sind hauptsächlich dafür verantwortlich, dass die Attraktivität sowohl bei den ausländi-



Nationalrat Bezzola: «Spielerträge sinnvoll für die Finanzierung der AHV verwenden.»

schen Gästen als auch bei den Schweizern selber stark abgenommen hat. Deshalb suchen viele Schweizer ihr Vergnügen in den Spielbanken im grenznahen Ausland. So sind achtzig Prozent der Spielkasino-besucher in Divonne und fünfzig Prozent der Besucher in Konstanz Schweizer. Laut der Botschaft des Bundesrates verspielen die Schweizerinnen und Schweizer jährlich Beträge von mehreren hundert Millionen Franken in ausländischen Spielbanken.

Diese Spieltätigkeit der Schweizer im Ausland hat nicht nur zur Folge, dass der eigentliche Sinn eines Spielbankenverbots nicht erreicht wird, unserer Volkswirtschaft gehen darüber hinaus bedeu-

tende finanzielle Mittel verloren.

Das Spielbankenverbot ist eine unzeitgemässe Bevormundung des Bürgers.

Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe des Staates ist, dem Bürger und der Bürgerin vorzuschreiben, ob er oder sie eine Spielbank besuchen darf oder nicht. Auch die Befürchtung, dass die Aufhebung des Spielbankenverbots die Spielsucht fördere, kann meiner Meinung nach nicht bestätigt werden.

Die Spielerträge könnten sehr sinnvoll für die Finanzierung der AHV verwendet werden.

Wir wissen, dass die Schweiz aus demographischen Gründen immer mehr Schwierigkeiten hat, die Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung zu finanzieren. Der Staat ist demnach auf die Erschliessung neuer Finanzquellen angewiesen. Der revidierte Spielbankenartikel sieht vor, dass eine ertragsabhängige Spielbankenabgabe von maximal achtzig Prozent der Bruttospielerträge dem Bund abzuliefern ist. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft damit, dass auf diese Weise dem Bund mindestens 150 Millionen Franken zufließen würden. Diese Einnahmenquelle hätte den weiteren Vorteil,

dass der sogenannte Normalbürger von dieser Besteuerung nicht betroffen wäre.

Änderungen

Bis anhin war nur das Boule-Spiel erlaubt. In der Revision werden auch andere Spiele wie Roulette und Black-Jack erlaubt. Bis heute beträgt die Einsatzlimite pro Runde Fr. 5.–. In Zukunft soll die Einsatzlimite nicht mehr im Art. 35 BV festgelegt sein, sondern in der Ausführungsgesetzgebung fixiert werden. Die Höchstesätze sollen jedoch für jede Spielart gesondert festgesetzt werden. Für Minderjährige ist der Zutritt – auch in Begleitung der Eltern – verboten. Daran wird sich nichts ändern!

Bis jetzt herrscht Ausweisungszwang, woran man ebenfalls nichts ändern will. Die Betreiber müssen fortan aber auch die Möglichkeit haben, jemandem ohne weitere Angaben den Zutritt zur Spielbank zu verwehren, falls diese Person nicht akzeptabel erscheint.

Heute existieren in der Schweiz 17 Kursäle mit Glücksspielbetrieb. In Zukunft soll eine noch zu bestimmende Zahl von Kursälen eine erweiterte Konzession erhalten, das heisst, es sollen mehr Spielarten angeboten werden können. Bei den übrigen Kursälen bleibt das Angebot gleich, dafür aber werden die Einsatzlimiten erhöht. Es sollen jedoch keine zusätzlichen Spielbanken eröffnet werden.

Die Vorteile der neuen Spielbankenregelung sind dermassen überzeugend, dass der Bundesrat und eine deutliche Mehrheit der eidgenössischen Räte die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufrufen, dieser vernünftigen Lösung am 7. März zuzustimmen. □

Ja zu einer gesicherten AHV-Finanzierung

Dem Bund werden aus den Spielerträgen jedes Jahr rund 150 Mio Franken zufließen. Diese Beträge dienen ausschliesslich der Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV). Bundesrat und Parlament empfehlen den Stimmberechtigten ein Ja zur Aufhebung des Spielbankenverbots.

JA

Spielbanken-Vorlage

Eine vernünftige Lösung: Darum Ja am 7. März 1993

Schweizerisches Aktionskomitee zur Aufhebung des Spielbankenverbots. Präsidium: Nationalrat Duri Bezzola (FDP/GR), Nationalrat Dominique Ducret (CVP/GE), Nationalrat Helmut Hubacher (SP/BS), Nationalrat Hanspeter Seiler (SVP/BE).

staatlich kontrolliert

Neuorientierung

An ihrer Sitzung vom 29./30. Januar 1993 verabschiedete die FDP-Fraktion der eidgenössischen Räte folgende FDP-Grundsätze zur Aussenpolitik:

Nach dem Nein von Volk und Ständen zum EWR-Vertrag fordert die FDP-Fraktion vom Bundesrat eine Neuorientierung in der Aussen-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Der vom Volk gewählte Weg unseres Landes in Europa ist als Chance zu nutzen, traditionellen schweizerischen Werten wie Eigeninitiative und Selbstverantwortung, gepaart mit Weltoffenheit und Solidarität, zu einem neuen Durchbruch zu verhelfen.

Die Ablehnung des EWR-Vertrages zeigte deutlich, dass unsere Aussenpolitik noch zu wenig innenpolitischen Rückhalt hat.

Es ist deshalb ein Aktionsprogramm des Bundesrates und des Parlamentes gefordert, welches darauf abzielt, die aussenpolitischen Ziele und Strategien dem Volk frühzeitig erkennbar zu machen.

Aussenpolitik darf sich nicht auf die Aktivität der Diplomatie und die Mitwirkung in internationalen Organisationen beschränken, sondern muss vermehrt den Nachweis erbringen, dass die Vertiefung der internationalen Beziehungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erfolgt.

Das Nein zum EWR-Vertrag ist kein Grund, sich aus der Aussenpolitik zurückzuziehen und abzuschotten. Es gilt vielmehr, auf allen Ebenen Möglichkeiten auszuloten, damit in aktiver Weise die Zusammenarbeit mit dem Ausland verstärkt werden kann. Das bisherige aussenpolitische Konzept bedarf deshalb klarer Ausrichtung auf Solidarität und Universalität, denn es gilt, die Öffnung in den globalen, kontinentalen und grenzregionalen Bereichen zu erweitern.

Globale Zusammenarbeit

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Impe-

riums ist eine multipolare Weltordnung im Entstehen begriffen, die eine konstruktive Kooperation aller Nationen nötig macht, um die existentiellen Probleme unseres Planeten, wie Überbevölkerung, Nationalkonflikte, Flüchtlingsbewegungen, Krankheitsepidemien, Kriminalität und Umweltschutz, wirksam zu meistern.

Die Schweiz soll deshalb trotz Nichtmitgliedschaft bei der Uno ihre Tätigkeit bei den Sonderorganisationen dieser Vereinigung konzentriert fortsetzen und die Arbeit beim Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank zielstrebig aufnehmen. Die aktive Mitwirkung ist auch in den Welthandelsorganisationen Gatt und OECD zu verstärken.

Im besonderen gilt es, das Gatt-Abkommen mit den weltweiten Handels erleichterungen voranzutreiben, um die Wettbewerbsbedingungen für den Werk- und Dienstleistungsplatz zu verbessern und die Interessen der Landwirtschaft soweit als möglich zu wahren.

Kontinentale Öffnung

Die Schweiz muss ihre bilateralen Verbindungen zum europäischen Wirtschaftsraum über die drei Brücken Freihandelsabkommen, Transitvertrag und Forschungsprojekte schrittweise verstärken und dabei in enger Verbindung mit der EFTA bleiben.

Der Bundesrat hat deshalb eine klare Verhandlungsstrategie festzulegen, um Erhaltung und Verbesserung bisheriger Abkommen anzustreben. Die notwendigen innerschweizerischen Reformen und Liberalisierungsmassnahmen sollen überall dort, wo sie auch europäischen Interessen entsprechen, in die Verhandlungen

eingebraucht werden. Die Schweiz muss damit beweisen, dass sie für Europa wirtschaftlich ein interessanter Partner bleiben will.

Die Verhandlungen sollten zu einem neuen erweiterten Freihandelsabkommen mit dem Europäischen Wirtschaftsraum führen. Eine damit zusammenhängende Volksabstimmung darf erst nach sorgfältiger Vorbereitung erfolgen. Der EG-Beitritt entspricht zurzeit kaum dem Willen des Volkes, so dass ein Vollbeitritt zu einer Politischen Union Europa erst möglich scheint, wenn sich diese Staatengemeinschaft stärker auf föderalistische Strukturen ausrichtet. Das Gesuch um Verhandlungen zum EG-Beitritt ist vorläufig zu sistieren.

Die Mitarbeit im Europarat muss intensiviert werden, um den geistigen Aufbau Europas im Bereiche der Förderung persönlicher und politischer Freiheitsrechte, der Überwindung des kommunistischen Gedankengutes und der Bewahrung des kulturellen Erbes zu unterstützen. In ähnlichem Sinne gilt es, die Mitarbeit bei der KSZE fortzusetzen, damit Sicherheit und Kooperation für eine dauernde Friedensordnung in Europa gefestigt werden. Es soll dabei auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Friedensförderung erwogen werden, um unsere humanitäre Tradition neu zu beleben.

Nationale Neuorientierung

Auf der Basis des neutralen Status ist in der Führung der Neutralitätspolitik den eigenen sicherheitspolitischen Bedürfnissen und den Friedensbestrebungen der Völkergemeinschaft Rechnung zu tragen.

Im Rahmen dieser unparteilichen Stellung müssen im Konfliktfall die Guten Dienste vermehrt angeboten werden. Zur Wahrung der Unabhängigkeit ist ein wirksames militärisches Instrument zu erhalten, das für gewisse friedenserhal-

tende Massnahmen auch im Ausland eingesetzt werden kann.

Zur Verstärkung des Solidaritätsgedankens muss die eigenständige und offene Entwicklungszusammenarbeit, auch in Mittel- und Osteuropa, bestehen bleiben und in einen sinnvollen Zusammenhang mit den Unterstützungsprogrammen internationaler Organisationen gestellt werden. Die Unterstützung des Standortes Genf und die Pflege der Beziehungen zum Roten Kreuz sind dabei von wichtiger Bedeutung.

Regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die schweizerischen Grenzregionen bilden die direkten Tore zu den europäischen Nachbarn und benötigen grössere Autonomie und stärkere Unterstützung.

Diese Verzahnungsgebiete erlauben Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr und bewirken Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Projekten von Wirtschaft, Ökologie, Verkehr, Bildung und Kultur sowie Raumplanung.

Die teilweise bestehenden regionalpolitischen Strukturen in den Räumen Genfersee, Jura, Basel, Bodensee, Engadin und Tessin sind auszubauen, damit auch eine Förderung durch die interregionalen Programme der EG möglich wird.

Stärkung der aussenpolitischen Führung

Die politische Führungsarbeit im aussenpolitischen Bereich muss verstärkt und verbessert werden. Dies bedingt eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Parlament, eine umfassendere Tätigkeit unserer Diplomaten im Ausland und eine vertiefte Koordination zwischen Staat und Wirtschaft. Solche Anstrengungen sind nach dem Volksentscheid zum EWR doppelt notwendig, damit wir im veränderten politischen Umfeld eine mitwirkende politische Kraft bleiben können. □

Finanzpolitik des Bundes auf dem Holzweg

Unsere Wirtschaft wird von ausländischen Konkurrenten bedrängt und kämpft um kostendeckende Aufträge. Die Ertragskraft hat stark nachgelassen, und die Arbeitslosenzahlen sollen nach Biga-Prognosen dieses Jahr auf rund 160 000 Personen ansteigen. Die Aussichten sind düster, da auch die Auslandsaufträge zunehmend ausbleiben.

Anstatt unser veraltetes System der Warenumsatzsteuer

mit der hemmenden Besteuerung der dringend notwendigen Investitionen nun rasch auf eine zeitgemässe Mehrwertsteuer umzustellen, geht es dem Bundesrat und der vorbereitenden Nationalratskommission offensichtlich vor allem darum, dem Bund in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit noch zu zusätzlichen Einnahmen zu verhelfen.

Neben der Treibstoffzollvorlage mit Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden Franken, wovon lediglich die Hälfte dem Strassenbau zukommt, beantragt die zuständige Nationalratskommission einen Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent, Bundesräte aus verschiedenen Parteien sogar einen Satz von 7 Prozent. Die heutige Warenumsatzsteuer beträgt 6,2 Prozent, wobei für einzelne Branchen erst noch tiefere Ansätze gelten.

Die Mehreinnahmen für den Bund machen bei einem Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent über eine halbe Milliarde Franken und bei 7,0 Prozent gegen 1,5 Milliarden Franken aus. Diese Mehrbeträge wären durch unsere bereits stark angespannte Volkswirtschaft zu erbringen.

Das Nein von Volk und Ständen zu dieser Verfassungsänderung ist angesichts der bisherigen Steuerabstimmungen und der seither verschärften Wirtschaftslage absehbar. Eine Mehrwertsteuer hat nur dann eine Chance, wenn sie sich mit einem Satz von 6,2 Prozent begnügt. Schon der blosse Systemwechsel von der Warenumsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer bedarf einer grossen Anstrengung, um in der Volksabstimmung bestehen zu können.

National- und Ständerat haben eine grosse Verantwortung wahrzunehmen. Wenn schon der Bundesrat uneinsichtig ist, muss das Parlament unser Land vor einem weiteren steuerpolitischen Nullentscheid bewahren. Die dringend notwendige Verbesserung unseres Steuersystems darf nicht am unstillbaren Hunger unserer Landesregierung nach Mehreinnahmen scheitern! Ohne ertragsneutralen Umbau unseres veralteten Steuersystems und einschneidende Sparmassnahmen gerät die Finanzpolitik des Bundes auf den Holzweg.

FDP-Kantonsrat
Herbert H. Scholl, Zofingen

JBS

Parolen

Der Delegiertenrat der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS), der sich am 30. Januar in Bern versammelte, hat seine Parolen für die nächsten eidgenössischen Abstimmungen gefasst. Nach einer lebhaften Debatte zwischen den Nationalräten Jürg Scherer (AP) und Rudolf Hafner (GPS) hat die JBS entschieden, Ja zur Treibstoffzollerhöhung zu sagen. Die JBS tritt auch für die Aufhebung des Spielbankenverbots ein und ist gegen die Initiative für ein Verbot von Tierversuchen.

□

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalparteien die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

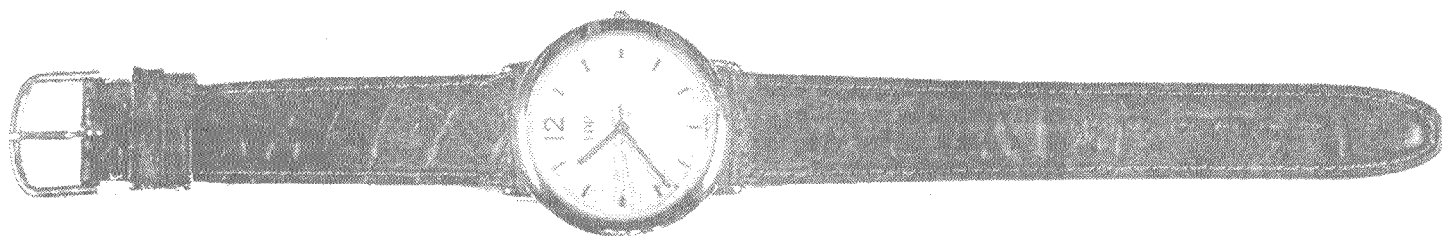
Garten- und Landschaftsarchitekten
Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 - 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Gantie Fashion Time.

Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):
... Ex. FDP-Uhr.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern (Fax [031] 21 19 51).

Was ist los mit den freisinnigen Frauen?

Die Präsidentin der SVFF, Franziska Frey-Wettstein, wies in ihrer Eröffnungsansprache auf die bedenkliche Situation der freisinnigen Frauen hin und stellte die Frage nach den Gründen, weshalb bürgerliche Frauen ihre politischen Rechte nicht stärker wahrnehmen.

**Ursula L. Schmid,
Schaffhausen**

Ist es Desinteresse oder gar Verweigerung? Liegt es daran, dass die Partei den Frauenanliegen zu wenig Beachtung schenkt, dass sie die Frauen nicht ernst nimmt? Wo steht die Frauenförderung in der Partei? Was ist seit Thun 1991 verwirklicht? Die Tagung ist das Podium zur Auseinandersetzung mit Frauenanliegen und Entwicklung von Strategien für die Verwirklichung der Resolution von Thun.

Über politische Strategien referierte Dr. med. Sabine Bergmann-Pohl, parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. In der damaligen DDR seien neunzig Prozent der Frauen berufstätig gewesen. Frauenausschüsse wachten über die Einhaltung von Bestimmungen am Arbeitsplatz. Ein bestimmter Frauenanteil musste in sämtlichen gesellschaftlichen Gremien und parlamentarischen Vertretungen, Funktionen und Leitungen eingehalten werden. Aber lange Zeit sass in der 40köpfigen Regierung nur eine einzige Frau: die Gemahlin des Staatsoberhauptes...

Trotz manchen Ungereimtheiten hatten die Frauen das Gefühl, gesellschaftlich und wirtschaftlich eine wichtige Rolle zu spielen – bis 1990. Die Wiedervereinigung brachte den Übergang von der Planwirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen zur sozialen Marktwirtschaft, die viele Frauen den Arbeitsplatz kostete. Über 55jährige Frauen wurden in den Ruhestand befördert,

aber auch jüngere Frauen wurden nicht mehr gebraucht. Sie verloren ihre Stelle und damit auch ihre sozialen Kontakte. Krippen und Horte wurden reduziert und brachten den Berufstätigen neue Probleme.

Die Frauen der ehemaligen DDR haben jedoch nicht nur verloren. Heute kann jede Mutter selber entscheiden, ob sie daheim bleiben will oder wo sie ihre Kinder betreuen lässt. Frauen gründen Selbsthilfeorganisationen, die ihnen den Zugang zur veränderten Situation in einer selbstbestimmenden Gesellschaft mit neuen Möglichkeiten der Selbstentfaltung erleichtern.

Rollenklischees

Im Osten wie im Westen ist der Frauenanteil in leitenden Positionen gering. Wichtig ist, dass Frauen und Männer vom veralteten Rollenklischee – Mann erwerbstätig, Frau besorgt KKK – loskommen.

Beim Beitritt zur Bundesrepublik hat die DDR gefordert, es sei die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau weiterzuentwickeln. Jetzt prüft ein Frauenministerium alle Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen für Frauen. In den obersten Bundesbehörden, in Ländern, Städten, Gemeinden und Kommunen gibt es Gleichstellungs- oder Frauenbüros mit Frauenbeauftragten.

Im Deutschen Bundestag sind 20,4 Prozent Frauen. Die Zahl weiblicher Parteimitglieder steigt stetig. Die Zusammenarbeit unter den Frauen in den Parteien hat an Bedeutung zugenommen.

Die Frauengruppen sind die Voraussetzung, um gemeinsam mehr erreichen zu können.

Gegenseitige Unterstützung ist unbedingt notwendig. In der CDU/CSU hat sich eine eigene

Frauengruppe gebildet, wo Anliegen, Probleme und Meinungen diskutiert werden, bevor sie in die Fraktion eingebracht werden. «Die gemeinsame Verantwortung von Frauen und Männern, das gleiche Recht unter Berücksichtigung der naturgegebenen Unterschiede, die Achtung voreinander und Einsicht in vorhandene Bedingungen sind es, die uns Fortschritte auf dem Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft auch im Sinne der Geschlechter erzielen lassen», unterstrich Bergmann.

Solidarität

Solidarität unter Frauen ist auch ein Anliegen der neugewählten Regierungsrätin Stéphanie Mörkofer. Ohne die Unterstützung sämtlicher Frauenorganisationen hätte sie den zweiten Wahlgang gegen drei männliche bürgerliche Konkurrenten nicht gewonnen. Männer haben grosse Organisationen hinter sich, Frauen «nur» Frauen. Wichtig ist, dass sich die Frauen schon vor der Nomination zusammenfinden

und die Kandidatin gemeinsam bringen.

Béatrice Geier-Bischoff, Frauenbeauftragte der Geschäftsleitung FDP Schweiz, umschreibt das harte Los der freisinnigen Frauen mit dem männlichen Seufzer: «Wir brauchen euch, aber wir fürchten euch!» Das Image der FDP ist das einer überalterten, maskulinen und gegenüber Frauen passiven Partei. In grossen Kantonen und Risikowahlkreisen haben Frauen bessere Chancen. Die fortschrittlichere Wählerschaft in den grösseren Städten und der Konkurrenzdruck unter den Parteien sorgen für frauenfreundlichere Wahllisten. Diesem Trend folgt die FDP aber nur teilweise.

Im Anschluss an die Referate teilte sich die rund 130 Tagungsteilnehmerinnen in fünf Arbeitsgruppen auf: Drogenpolitik, Gesundheit, Soziales, Umwelt, Wirtschaft. Über die Ergebnisse und erarbeiteten Strategien lesen Sie in der nächsten Ausgabe des «Freisinn».

Grundlage

Grundlage der Tagung war die Studie von Than-Huyen Ballmer-Cao: «Die freisinnigen Frauen in den Nationalratswahlen».* Darin zeigt Ballmer-Cao auf, wie sich die Anzahl der freisinnigen Frauen in Parlamenten seit 1971 kontinuierlich verringert hat, obwohl die freisinnigen Kaderfrauen besser ausgebildet und beruflich besser gestellt sind als die weiblichen und z. T. auch männlichen Kader der anderen Parteien. FDP-Kaderfrauen opfern für Parteiarbeit mehr Zeit als die weiblichen und männlichen Kader der anderen Regierungsparteien. Ballmer-Cao bezeichnet die freisinnigen Frauenkader als die «Schatzkammer der Partei».

Die Studie kommt zum Schluss, dass Frauenförderung wichtigste Überlebensstrategie der FDP sein muss, z. B. gleichmässige Verteilung der Parteimandate und -funktionen auch auf höchstem Niveau; intensive Förderung der weiblichen Talente in einer Partei; verstärkte Präsenz der Frauen auf freisinnigen Wahllisten auch in aussichtsreichen Wahlkreisen!

Die Partei muss sich mehr für Frauenanliegen engagieren, will sie auch jüngere Wählerinnen und Wähler ansprechen. Sie muss eine Nischenpolitik treiben und das in der Partei vorhandene Know-how mobilisieren.

* Die Studie umfasst 33 Seiten und kann beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, zum Preis von Fr 5 – bezogen werden, zusammen mit dem Frauenförderungskonzept der FDP der Schweiz.

Agenda SVFF

29. April 1993

Präsidentinnenkonferenz

12. Juni 1993


Delegiertenversammlung

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

Jugendpolitik

Jugend ans Steuer. Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.



Die Zukunft der Schweiz soll über die Hände junger Menschen entscheiden werden. Aktive Jugendliche sollen sich nicht nur an der Politik beteiligen, sondern auch die Verantwortung übernehmen und Neues und Besseres tun.

Freiheit gewinnt.

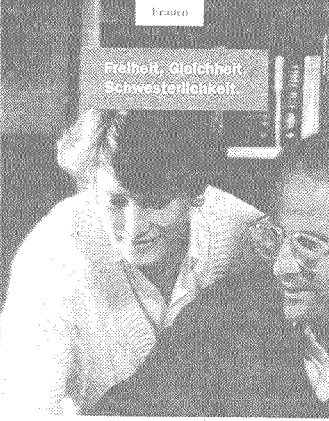
JBS FDP

Jugendliberale Bewegung der Schweiz Freisinnig-Demokratische Partei

1

Franco

Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.



Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Das ist der Bundesversammlung verankertes Recht der Frauen und Männer. Es muss für alle Lebensbereiche durchgesetzt werden können.

Freiheit gewinnt.

FDP

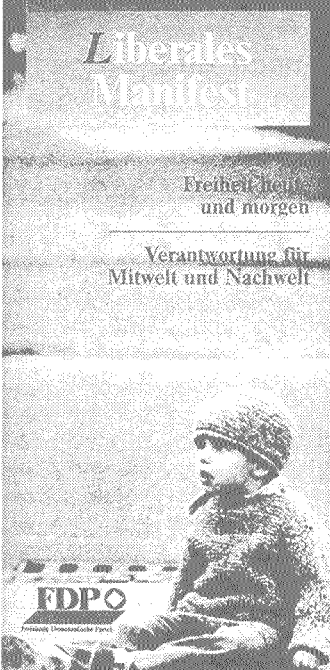
Freisinnig-Demokratische Partei

2

Liberales Manifest

Freiheit heute und morgen

Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt



Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

3

Wohnen

Unser Vorschlag gegen die Wohnungsnot: Vorschriften abbauen. Wohnungen aufbauen.



Wichtigste Massnahme im Kampf gegen die Wohnungsnot ist der Abbau hemmender Vorschriften und die Wiederherstellung einer funktionierenden Wohnungsmarkte.

Freiheit gewinnt.


FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

4 (Neuaufgabe in Vorbereitung)

Umweltpolitik

Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.



Am besten tut man der Umwelt, wenn man die Wirtschaft gesund macht. Eine gesunde Wirtschaft schützt die Umwelt wirksam.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

5

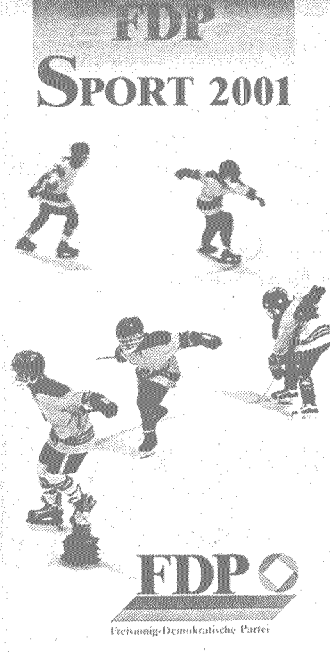
Dazu stehen wir

Zielsetzungen und Postulate 1991 - 1995

FDP PRD PLR

6

FDP SPORT 2001



Freiheit gewinnt.


FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

7

Asylpolitik

Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.



Wer als Verfolgter in die Schweiz kommt, soll Schutz und Asyl finden. Aber keine Einwanderer.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

8

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten

die Nummern 1 2 4 5 8 je Fr. -50

die Nummern 3 6 7 je Fr. 1.-

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Tel. (031) 22 34 38, Fax (031) 21 19 51

Pro

Fortsetzung von Seite 12

Defizit von 3,2 Milliarden Franken geeinigt, welches im Falle der Ablehnung des Gesetzes annähernd 4 Milliarden betragen würde.

Diese Situation muss innert nützlicher Frist korrigiert werden, weil sie für das Geld, für den Finanzplatz Schweiz und für den Zinssatz gefährlich ist. Für die dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen ist eine neue Bundesfinanzordnung nötig, welche sich vor allem auf ein Konsumsteuersystem auf Grundlage des Mehrwertes stützt und auf ein Sparprogramm in der Betriebsrechnung, das die Stabilisierung der Zunahme der Bundesausgaben auf dem Niveau des Anwachsendes des BSP erlauben sollte.

Das aber sind längerfristige Ziele, zu deren Verwirklichung noch viel Zeit und Geduld nötig sein werden. Inzwischen müssen punktuelle Massnahmen getroffen werden, um das Budgetdefizit des Bundes zu verringern. Die Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen ist eine davon. Sie hat den Vorteil, vernünftig zu sein (trotz der Erhöhung des Treibstoffzolls bleibt der Benzinpreis einer der tiefsten in Europa), einen guten Kompromiss darzustellen (50 Prozent für die allgemeinen Ausgaben und 50 Prozent für die Strassen) und eine Erhöhung der direkten Steuer zu vermeiden, welche in unserem Land bereits zu hoch ist und auf eidgenössischer Ebene mehr und mehr bestritten wird.

Fertigstellung des Nationalstrassennetzes

Die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes ist eine Forderung, welche das Schweizer Volk durch die massive Ablehnung der Beton- und der Kleeblatt-Initiativen zum Ausdruck gebracht hat. Die Nationalstrassen erhöhen die Verkehrssicherheit, entlasten die Agglomerationen, verringern die Umweltbelastung und integrieren die Randregionen.

Neue Strassenbauaufträge können in der gegenwärtigen Konjunkturlage wertvolle Impulse geben, Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze

schaffen. Dank dem Änderungsantrag von Nationalrat Claude Frey (FDP/NE) würden dem Nationalstrassenbau ausserdem zusätzlich 100 Mio. zugute kommen, wenn das Volk die Erhöhung billigt. Es sei daran erinnert, dass im Baugewerbe Fr. 100 000.– Mehrumsatz einem Arbeitsplatz gleichkommt.

Ohne zusätzliche Mittel kann unser Nationalstrassennetz in vernünftiger Zeit (bis ca. 2005) nicht fertig erstellt werden. Diese zusätzlichen Mittel können weder durch eine problematische Erhöhung des Zollzuschlags erbracht werden noch durch einen stärkeren Rückgriff auf die Reserven, die noch 1,4 Milliarden Franken betragen, die aber schon 1994 verbraucht sein könnten.

Trotz der Erhöhung des Treibstoffzolls bleibt der Benzinpreis in der Schweiz wettbewerbsfähig. Ausländische Autofahrer werden daher weiterhin Brennstoff in unserem Land kaufen und dadurch erhöhte Beiträge leisten. Diese werden auf 200 Millionen Franken veranschlagt, das bedeutet 100 Millionen mehr für den Strassenbau.

Zustimmung

Eine Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen um 20 Rappen ist ein Opfer, das man vom Strassenbenützer legitimerweise fordern darf. Sie wird folgendes ermöglichen:

- einen Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen, da niemand ein Interesse daran hat, dass sich die Lage noch weiter verschlimmert,
- die Vollendung des Baus des Nationalstrassennetzes bis zum Jahre 2005,
- eine Hilfeleistung an die Kantone, damit diese ihr Hauptstrassennetz verbessern können,
- die Finanzierung der Umweltschutzmassnahmen in Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.

Aus Realitätssinn und Verantwortung empfiehlt die FDP der Schweiz daher, dem Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 zuzustimmen, also der Erhöhung des Grundzolls auf Treibstoffen um 20 Rappen pro Liter, und so dem Bundesrat und den eidgenössischen Räten zu folgen. □

Contra

Fortsetzung von Seite 12

nahmen des Bundes aus allen übrigen Zollerträgen. Die Klagen des Finanzministers, der Grundzoll sei seit Jahren der Teuerung nicht angepasst worden, zielen daneben, sind doch die Einnahmen in der gleichen Zeit viermal mehr gestiegen als die Teuerung. Die motorisierten Verkehrsteilnehmer erfüllen somit die staatsbürgerliche Verantwortung vollumfänglich.

Nun ist's genug!

Mit der Zeit haben die Automobilisten genug. Ausgerechnet diejenigen, die als Einzelgruppe am meisten in die Bundeskasse schütten, werden immer von neuem belastet oder ausgenützt; immer ein wenig, Tranche für Tranche, wie bei der Salami.

- Als der Bund seinerzeit für den Nationalstrassenbau Vorschüsse zur Verfügung stellte, mussten diese von den Automobilisten verzinst und zurückbezahlt werden. Heute, da Rückstellungen von zweckgebundenen Strassengeldern bestehen (heute noch 1,4 Milliarden Franken), will der Finanzminister keine Zinsen gutschreiben. Damit leisten die Verkehrsteilnehmer dem Bundeshaushalt indirekt einen Zinsertrag von über 100 Millionen Franken pro Jahr.
- Der Treibstoff ist die einzige Energie, die der Wust unterstellt ist.
- Dabei wird die Wust nicht nur auf dem Warenpreis erhoben, wie bei den übrigen Gütern, sondern auch auf dem Zollzuschlag, was eine Steuer auf einer Steuer bedeutet (rund 415 Millionen Franken pro Jahr).
- Für jedes Fahrzeug bezahlen wir heute schon Abgaben von rund 1800 Franken pro Jahr an Bund, Kantone und Gemeinden.
- Die Erhöhung des Treibstoffgrundzolls um 20 Rappen/Liter bringt eine Steuererhöhung von rund 400 Franken pro Fahrzeug.
- Weitere Forderungen an die Motorisierten kommen sicher (CO₂-Abgabe, Anlastung externer Kosten, höhere Ordnungsbussen, höhere Motorfahrzeugsteuern).

«Raubzüge»

Ein Nein zur Treibstoffgrundzollerhöhung ist deshalb ein Nein zu weiteren «Raubzügen auf das Portemonnaie der Autofahrer». Wenn für den Strassenbau tatsächlich mehr Einnahmen benötigt werden, dann muss zielgerichtet der zweckgebundene *Zollzuschlag* erhöht und nicht noch zusätzlich die Bundeskasse gefüllt werden. Ausserdem kann die Sanierung der Bundesfinanzen mit der vorgesehenen Treibstoffgrundzollerhöhung nicht erreicht werden. Es braucht dazu nebst zusätzlichen Sparmassnahmen eine grundlegende Sanierung des Steuersystems (z. B. die Umwandlung der Warenumsatzsteuer in eine Mehrwertsteuer).

Oder es wäre die gegenwärtig praktizierte Politik der vollen Kassen zu überdenken: So wird zum Beispiel unter dem Titel «Förderung des Hukkepack-Verkehrs» aus Treibstoffzollgeldern jeder Lastwagen, Anhänger und Container (auch ausländische) für die Durchfahrt der Schweiz auf der Schiene mit 430 Franken subventioniert (vor der NEAT-Abstimmung waren es 300 Franken). In der gleichen Periode, in der man für den Unterhalt der Nationalstrassen 120 Millionen Franken bezahlte, wurden 68 Millionen Franken zweckgebundene Treibstoffzollgelder in die Sanierung von Waldwegen investiert.

Ich gebe zu, das Parlament hat die Strassenausgaben im Budget 1993 nicht gekürzt. Es ist jedoch Bauernfängerei, dem Automobilisten 100 Millionen Franken mehr Strasseninvestitionen im laufenden Jahr zu versprechen, unter der Bedingung, der Stimmbürger akzeptiere die Treibstoffgrundzollerhöhung von 20 Rappen.

Ablehnung

Gegen die zunehmende Begehrlichkeit von Bundesrat und Parlament nach den Treibstoffzolleinnahmen kann man sich nur mit einem Nein wehren. Nur ein Nein am 7. März zur Erhöhung des Grundzolls um 20 Rappen bringt die notwendige Verbesserung im Konzept der Strassenfinanzierung und verhindert, dass der Automobilist die allgemeine Bundeskasse noch mehr füllen muss. □

Revision der MAV: Worum geht es?

Einmal mehr innert Jahresfrist beschäftigt sich unsere Partei mit einer bedeutenden bildungspolitischen Vorlage. Im Sommer 1992 stand die Frage der Einführung von Berufsmaturitäten im Vordergrund, eine Verbindung von Berufslehre und Allgemeinbildung, welche den Berufsleuten den direkten Weg zu den künftigen Fachhochschulen eröffnet. Nun steht die Totalrevision der bisher gültigen Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV) zur Vernehmlassung.

**Nationalrat
François Loeb (BE)***

Wurde die Frage der Berufsmaturität mit ihrer perspektivenschaffenden Öffnung auf interessante berufliche Weiterentwicklungen von einem breiten Konsens sowie auch von einer Welle der Sympathie für junge, engagierte Berufsleute getragen, erlebt nun das Projekt einer neuen Maturitätsanerkennungsverordnung, welches das Eidgenössische Departement des Innern und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gemeinsam in die Debatte geschickt haben, die unterschiedlichste Aufnahme.

Worum geht es?

Worum geht es in dieser bildungspolitisch ausserordentlich bedeutenden Maturitätsfrage, die weitherum zu intensiven Auseinandersetzungen führte und die in ihrem Kern einen ausserordentlich sensiblen, traditionsgeprägten Bereich unseres Ausbildungswezens betrifft? Es geht um die Mittelschulbildung mit der allgemeinen Hochschulreife als Ausgangsbasis zu sämtlichen Studienrichtungen.

Das neue Maturitätsmodell weicht von der bisher gültigen, «Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen» in folgenden wesentlichen Punkten ab:

- Es verzichtet auf die traditionelle Unterscheidung einzelner Maturitätstypen und ermöglicht den Einbezug weiterer Fachgebiete wie Philosophie, Pädagogik usw. in den Katalog eidgenössischer Maturitätsfächer.

- Die Zahl der für die Matura zählenden Fächer wird von bisher elf auf neun reduziert, wobei deren fünf (Erstsprache, zweite Landessprache, Mathematik, Geschichte sowie ein Fach oder eine Kombination von Fächern des Lernbereichs Naturwissenschaften) obligatorisch erklärt werden und vier weitere Fächer nach bestimmten Kriterien frei wählbar sind aus dem Lernbereich Sprachen, Sozial- und Geisteswissenschaften oder Naturwissenschaften, Kunst, Musik, Sport sowie aus allen vier genannten Lernbereichen.
- Künftig verlangt wird eine grössere fächerübergreifende Arbeit, die für das Bestehen der Matura mitberücksichtigt wird. Auch soll jeder Schüler während zweier Jahre einen im Maturitätsausweis zählenden Kurs in der dritten Landessprache belegt haben.
- Die neue MAV geht von einem insgesamt mindestens zwölfjährigen Ausbildungsgang aus bis zur Maturität und schreibt eine Mindestdauer von drei Jahren für die spezifisch gymnasiale Stufe vor.

Wahlmöglichkeiten

Als Kernstück des Vernehmlassungsentwurfs darf wohl der Vorschlag gelten, für einen Teil der Maturitätsfächer Wahlmöglichkeiten zu gewähren. Die Initianten erhoffen sich von der vorgeschlagenen Kombination von obligatorischen Kernfächern und sogenannten Wahlpflichtfächern ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sprachlich-geisteswissenschaftlichen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und

musisch-sportlichen Fächern, eine breite und kohärente Bildung sowie einen Beitrag zur Eigenverantwortlichkeit, Motivation und damit Leistungssteigerung der Lernenden.

Hauptkritikpunkte

Diese Frage nun der Mindestzahl der Maturitätsfächer, verbunden mit der vorgeschlagenen Fächerkombination, der Palette der obligatorischen Fächer einerseits und andererseits der Pflichtwahlfächer, wurde in vielen Diskussionen zum Mittelpunkt kritischer Auseinandersetzung mit der Vernehmlassungsvorlage. Befürchtet wird, dass sich das anspruchsvolle Ziel einer breiten Allgemeinbildung und der Hochschulreife als Voraussetzung zum Studium an allen Fakultäten in der vorgesehenen Weise nicht länger erreichen lässt, dass mit der Möglichkeit einseitiger Abwahl insbesondere im Bereiche sogenannt härterer Fächer Niveauverlust einhergehen könnte und letztlich auch eine Steigerung der Maturandenquote mit ihren voraussehbaren Auswirkungen auf den bereits heute angestregten Universitätsbetrieb.

Hauptkritikpunkte bilden die Marginalisierung der Naturwissenschaften und die Nichtberücksichtigung der Wirtschaftswissenschaften im Rahmen der obligatorischen Kernfächer sowie die vorgesehene Festlegung des auf die Maturität ausgerichteten Lehrganges auf lediglich mindestens die letzten drei Jahre vor der Abschlussprüfung. Kurz: Vermutet wird ganz generell ein Leistungsabbau gegenüber der bestandenen und auch angesehenen heutigen Maturität.

Diskussionen in der FDP

Der polarisierende Entwurf einer neuen MAV hat auch innerhalb unserer Partei zu breiten Gesprächen über Aufgabe und Ziel gymnasialer Bildung an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert und über die Wünschbarkeit einer Maturitätsreform geführt.

Folgende Vorschläge der Vernehmlassungsvorlage dür-

fen als positiv bewertet und für eine Reform der Maturitätsanerkennungsverordnung als wegleitend in Betracht gezogen werden:

- Die angestrebte gemeinsame Regelung der Verordnung durch Bund und Kantone mit der Schaffung einer Rahmenordnung.
- Das Streben nach einer Verkürzung der Ausbildungszeit bereits bis zur Maturität.
- Die Forderung nach einem hohen Ausbildungsstandard der Lehrerschaft.
- Der Verzicht auf streng reglementierte Maturitätstypen.
- Eine angemessene Reduktion der Mindestzahl der Maturitätsfächer im Sinne einer gewissen Fächerentstauung, Straffung und Vertiefung.
- Möglichkeit einer vermehrten Fächerwahl durch Schüler und Schülerinnen.
- Das neue Bildungsziel, das wir allerdings dahingehend retuschieren möchten, als nach wie vor klar die Hochschulreife als Hauptzweck von gymnasialer Ausbildung und Maturität festgeschrieben werden sollte.

Nicht annehmbar in dieser Form scheint jedoch das im Artikel 10, dem eigentlichen Schlüsselartikel des Verordnungsentwurfs, aufgelistete Fächersystem. Überprüfungen und Korrekturen werden hier unabdingbar sein. Es muss sichergestellt sein, dass sowohl die experimentellen Wissenschaften Physik, Chemie und Biologie als auch die Bereiche Wirtschaft und Recht im obligatorischen Fächerbereich eingebaut werden und nicht, wie dies vorgesehen ist, ganz oder teilweise auf die Ebene fakultativer Disziplinen herabgesetzt bleiben.

Im Hinblick auf eine mögliche Ablösung der bisherigen Maturitätstypen scheint es zudem sinnvoll und erforderlich, obligatorisch ein schülerbestimmtes Schwerpunktfach einzuführen, welches einer gewissen Vertiefung und Spezialisierung Rechnung trägt, einer noch immer kaum bestreitbaren Qualität der bisher gültigen Verordnung. □

* Präsident des FDP-Ausschusses Kultur- und Bildungspolitik.